

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorausschickend. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. **Postweg:**
 monatlich, vom Postamt abgeholt
 1.20 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.54 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.— RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Dageburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die kleinsten Anzeigen 10 Pfennig, das
 folgende Wort 30 Pfennig (zählend
 2 festgedruckte Buchstaben), jedes weitere
 Wort 15 Pfennig. Stellenanzeigen und
 Stellenangelegenheiten das erste Wort
 20 Pfennig jedes weitere Wort 10 Pfennig.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Leihungsverträge 30 Pfennig.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 60 Pfennig die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Schluß des Abdrucks bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 8. August 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der zweite Lansdowne-Brief.

Malvys Verurteilung.

Paris, 7. August. (Havas.) Der Staatsge-
 richtshof hat Malvy zu 5 Jahren Verbannung ohne
 Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.
 Das im Staatsgerichtshof in öffentlicher Sitzung verlesene
 Urteil erklärt die gegen Malvy erhobenen Anschuldigungen wegen
 Betrugs für erfunden und verwirft gleichermaßen die An-
 klage auf Mitschuld am Betrug. Das Urteil erklärt, es
 stehe fest, daß seit Ende 1914 ein abgeleiteter Plan bestand, um
 die Verteidigung des Landes zu schädigen dadurch,
 daß man die nationale moralische Kraft und den Geist der Disziplin
 in der Armee untergrub. Die Propaganda habe nachweislich durch
 Gründung von Zeitungen und Halten von Reden und Vorträgen
 gewirkt. Malvy habe das verbrecherische Unternehmen geleitet,
 welches die Hauptaufgabe der Neutralität im Jahre 1917 war, habe
 aber, anstatt der Propaganda fakultätig entgegen-
 zutreten, das Blatt unterstützt, dessen Redak-
 teure wegen Einverständnisses mit dem Feinde
 verurteilt wurden. Er habe Anweisungen zur
 Aufhebung des Strafverfahrens zugunsten an-
 toritärer Anarchisten gegeben. Malvy behauptet ver-
 gebens, daß diese Politik, die auf die Heiligkeit aller Fran-
 zosen abzielen sollte, nicht vor den Staatsgerichtshof hätte gebracht
 werden dürfen und daß er so gehandelt habe, um Anordnung zu ver-
 hüten, denn der fast einmütige waterländische Schwung der fran-
 zösischen Arbeiter zeigte im Gegenteil, daß diese die Schuldsin-
 nen und ihren Organisationen gestochen hätten. Das Urteil lautet, wie be-
 reits gemeldet, auf fünf Jahre Verbannung ohne Verlust der bür-
 gerlichen Ehrenrechte und Erhaltung der Kosten an den Staat.

Das Urteil des Senats geht von der Annahme aus, daß
 die Männer des „Bonnet Rouge“, der auf räufelhafte Weise im
 Gefängnis umgekommene Almerenda und der verurteilte
 und erschossene Dupal, tatsächlich mit dem Feinde, d. h. mit
 Deutschland, im Einvernehmen gestanden hätten. Der Senat
 hat recht mit der Behauptung, daß die französische Arbeiterschaft
 diese Männer aus ihren Reihen ausgestoßen hätte, wenn sie
 ebenso gerichtet hätten wie er selbst. Die französischen Arbeiter
 haben aber in Dupal und Almerenda nicht Landesverräter, son-
 dern nur leidenschaftliche Friedensfreunde, und derselben
 Ansicht war offenbar auch der Minister des Innern Malvy.
 Waren Dupal und Almerenda schuldig gewesen, dann war das
 Vergehen Malvys ein Verbrechen. Dieser Verbrechen wäre aber
 einer allgemeinen Politik entsprungen, die auch heute noch von
 der französischen Arbeiterschaft, deren waterländischen Schwung
 der Senat so sehr lobt, begeistert gebilligt wird.

Die Fanatiker, die diesen sinnlosen Prozeß anstellten,
 hielten sich und sich allein für die wahren Patrioten Frankreichs.
 In Wirklichkeit haben sie ihrem Lande schlimmen Schaden ge-
 bracht, während ihr verfolgter Gegner vor aller Welt als ein
 vortrefflicher und verdienstvoller Freund seines Vaterlandes dastand.
 Den Anschlag der sozialistischen Arbeiterschaft an die
 Sache der nationalen Verteidigung herbeizuführen und Jahre
 hindurch aufrechtzuerhalten zu haben, ist zum großen Teil sein
 Verdienst.

Ueber die Behandlung der international gesinnten Sozia-
 listen bei Kriegsausbruch hat es, ganz wie bei uns, auch in
 Frankreich zwei Meinungen gegeben. Ein brutales chau-
 vinistisches Scharfmachertum forderte die rückwärtslose Unter-
 drückung von allem, was nur entfernt nach Pazifismus roch.
 Die andere Richtung bemühte sich, die friedensfreundliche Ar-
 beiterchaft für die Sache der Landesverteidigung durch die Kraft
 der Ueberzeugung zu gewinnen. Hauptträger der ersten Rich-
 tung ist der durch das Gerichtsverfahren entlarvte Verleumder
 Leon Daudet, der royalistische Sohn des bekannten Dichters,
 der — ganz wie bei uns — jeden, der nicht auf seine Rezepte
 schwor, als Landesverräter denunzierte. Malvy dagegen, der
 schon unter Viviani Minister des Innern war und es unter
 Briand, Ribot und Painlevé blieb, war ein erfolgreicher Pra-
 ktiker der zweiten Richtung.

Malvy trieb, wie es die „Humanité“ ausdrückt, eine
 Politik des Vertrauens gegenüber der Ar-
 beiterklasse. Das haben ihm nicht nur alle Minister-
 präsidenten, mit denen er zusammen arbeitete, sondern auch die
 drei sozialistischen Minister bei ihrer Vernehmung bezeugt.
 Sembat: „Seine Haltung als Minister war bewunderungs-
 würdig und wird durch den Erfolg anerkannt. Er hatte Ver-
 trauen zur Arbeiterklasse, und die Konflikte beruhigten sich fast
 von selbst, weil die Arbeiterklasse zur Regierung Vertrauen
 hatte.“ Thomas: „Malvys Idee war, daß das Land in
 einem langen Kriege aller seiner Kräfte bedürfe, und daß die
 Regierung sich darum der Arbeiterklasse gegenüber entgegen-
 kommend zeigen müsse... Vertrauen, Gerechtigkeit und Wach-
 samkeit waren die drei Prinzipien Malvys.“ Guéde: „Jede
 andere Politik hätte das angegriffene und vom Feinde über-
 schwemmte Frankreich in zwei feindliche Teile zerrissen und da-
 mit nur das Spiel des deutschen Imperialismus getrieben, sie
 wäre zugleich ein wahres Verbrechen gegen die Welt der Arbeit

Teilkämpfe an der Vesle — Luftschiff- angriff auf die Ostküste Mittelenglands — Kapitän Straffer nicht zurückgekehrt.

Berlin, 7. August 1918, abends. Amtlich.
 Von der Front nichts Neues.
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. August
 1918. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seereschiffe Kronprinz Rupprecht.
 Die Gefangenenzahl aus den gestrigen Kämpfen nördlich der
 Somme hat sich auf 280 erhöht. Ein englischer Gegenangriff
 südlich der Straße Bray — Corbie brach vor unseren neuen
 Linien zusammen. Die Erkundungstätigkeit war beiderseits der
 Yse und an der Aisne besonders reger. Nordwestlich von
 Montdidier kam ein feindlicher Teilangriff in unserem
 Feuer nicht zur Entwicklung.

Seereschiffe Deutscher Kronprinz.
 In den Morgenstunden Teilkämpfe an der Vesle. Deut-
 lich von Fismes machten wir beim Vorstoß über die Vesle
 Gefangene. Am Abend heftiger Feuerkampf, dem beiderseits
 von Braisne und Bazoches starke feindliche Angriffe folg-
 ten. Sie wurden teilweise im Feuer, an einzelnen Stellen im
 Gegenstoß abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister,
 Ludendorff.

Berlin, 7. August. In der Nacht vom 5. zum
 6. August hat der so oft erfolgreiche Führer unserer Luft-
 schiffangriffe, Fregattenkapitän Straffer, mit einem
 unserer Luftschiffgeschwader erneut die Ostküste
 Mittelenglands durch gut wirkende Bomben-
 angriffe besonders auf Boston, Norwich und die
 Befestigungen an der Humber-Mündung schwer
 geschädigt. Wahrscheinlich fand er dabei mit der tapferen
 Besatzung seines Führerschiffes den Heldentod. Alle
 übrigen an dem Angriff beteiligten Luftschiffe sind trotz
 starker Gegenwirkung ohne Verluste und Beschädigungen
 zurückgekehrt. Nächst ihrem bewährten gefallenen Führer
 sind an dem Erfolge besonders beteiligt die Luftschiff-
 kommandanten Korvettenkapitän v. R. Prosch, Kapitän-
 leutnant Jachmar, Walthar, v. Freudenreich und Dose
 mit ihren braven Besatzungen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. August. Amtlich wird verkündet:
 In Italien Artilleriekampf und Patrouillentätigkeit.
 In Albanien wurden westlich von Berat italienische Vor-
 stöße abgeschlagen. Im oberen Devoll-Tal erzielten wir
 weitere Fortschritte.

Der Chef des Generalstabes.

gewesen, die ohne zu rechnen seit bald vier Jahren für das all-
 gemeine Wohl ihr Leben dahingibt.“

Das Urteil des Senats, das sich bemüht, juristisch gerecht
 zu sein, muß politisch wie ein übles Kompromiß wirken. Ein-
 stimmig hat der Senat die wahrhaftige Landesverratsanklage
 zurückgewiesen, die gegen Malvy von seinen politischen Gegnern
 erhoben wurde, er hat aber zugleich dadurch, daß er den Minister,
 wenn auch mild, verurteilte, die Arbeiterklasse herausgefordert.
 Die Erregung über den Prozeß wird also mit diesem Urteil
 nicht zu Ende kommen, sondern sie wird weitere Kreise ziehen,
 zumal der größere Prozeß gegen Caillaux durch ihn
 nur vorbereitet werden sollte. Insbesondere wird sich Cle-
 menceau nicht der Anklage entziehen können, die Sache gegen
 einen Mann begünstigt zu haben, der als ein Ehrenmann aus
 dem Prozeß hervorgeht und der — woran heute niemand mehr
 zweifeln kann — selbst wenn er in einem besonderen Fall
 getret hätte, dies doch nur getan hätte in der festen Ueber-
 zeugung, seinem Vaterlande damit zu dienen.

Zulagen zur Soldatenlöhnung.

Mobile 9 M., immobile 6 M. monatlich.
 Auf Grund einer kaiserlichen Rabinetsorder hat das
 Kriegsministerium bestimmt:
 Alle Unteroffiziere (auch die Gehalt empfangenden) und
 Mannschaften erhalten, sofern sie mobil sind oder mobile Be-
 soldung beziehen, eine Zulage von 9 M., alle übrigen
 eine von 6 M. — Die Zahlung hat für Gehaltsempfänger
 monatlich, für Löhnungsempfänger dreimonatlich zu erfolgen.
 Die Zahlung wird nach den gleichen Grundsätzen wie das
 Kriegsgeld bzw. die Kriegslöhnung gezahlt. Die Zahlung
 für die rückliegende Zeit hat sofort und von der
 Dienststelle zu erfolgen, bei der der Berechtigte sich zur Zeit
 des Bekanntwerdens der Allerhöchsten Rabinetsorder befindet.

Die Friedensbewegung in England.

Der zweite Friedensbrief, den der frühere Leiter der aus-
 wärtigen Politik Englands, Lord Lansdowne, am 31. Juli an
 die englische Öffentlichkeit gerichtet hat, war bisher in Deutsch-
 land nur in kurzen Auszügen bekannt, die seine eigentliche Be-
 deutung kaum erkennen ließen. Aus dem ausführlichen Be-
 richt, den wir weiter unten folgen lassen, ergibt sich die Wichtig-
 keit dieses Dokuments, und man versteht erst jetzt die große
 Erregung, mit der in der englischen Presse darüber debattiert
 wird.

Die große Bedeutung dieses Briefes besteht darin, daß er
 zwischen den Meinungen eines (nun freilich nicht mehr im Ante
 befindlichen) Mitgliedes der deutschen Regierung und eines
 Mitgliedes des britischen Kabinetts eine verbindende Brücke schlägt.
 Er stellt damit fest, daß ruhig
 denkende Männer, die von ragender Stelle aus die Verhältnisse
 überblicken, in London wie in Berlin derselben
 Meinung sind, daß nämlich „ein absolutes Ende von den
 militärischen Entscheidungen allein nicht erwartet werden kann“.
 Smuts wie Kühlmann, Kühlmann wie Smuts!

Die politischen Folgerungen, die daraus zu ziehen sind,
 sind einleuchtend. Fast zwei Jahre sind es her, seit Wilson,
 damals noch Präsident eines neutralen Staates, die berühmten
 Worte sprach: „Wenn man einander nicht überwinden kann,
 so muß man sich miteinander verständigen.“ Auf den Ton
 dieses Wilson-Ausspruches, der schon damals richtig war und
 dessen Richtigkeit immer klarer wird, je länger der Krieg dauert,
 ist der ganze Brief Lansdownes gestimmt.

Direkt aber knüpft er an die berühmte Rede Wilsons am
 Grabe Washingtons vom 4. Juli d. J. an. Lansdowne verlangt
 von Deutschland, daß es die in ihr enthaltenen Bedingungen
 annehme, fast sie aber so auf, daß Deutschland sich nur für den
 Völkerbund und für die Einrichtung obligatorischer Schieds-
 gerichte erklären müsse. In dieser von Lansdowne gegebenen
 Interpretation sind die Grundsätze Wilsons für breite Massen
 des deutschen Volkes nicht nur annehmbar, sondern wert der
 aufrichtigsten Anerkennung. Schon Bethmann Hollweg hat die
 Bereitwilligkeit Deutschlands, internationalen Abmachungen zur
 Beseitigung künftiger Kriegsgefahr beizutreten, mit Wärme und
 Entschiedenheit erklärt. Daß ein Wechsel der Anschauungen in
 dieser Beziehung eingetreten ist, ist nicht anzunehmen, auf alle
 Fälle läßt Graf Hertling gut, sich mit größter Klarheit über
 diese Frage zu äußern.

Aus dem jetzt vorliegenden Bericht erfahren wir weiter,
 daß am 31. Juli eine Versammlung englischer Par-
 lamentarier Lord Lansdowne ihr Vertrauen ausgesprochen
 und seinen Brief gebilligt hat. Dieser Vorgang bietet nicht
 der Tagung der französischen Sozialisten den zweiten Beweis
 dafür, daß die Behauptung nicht richtig ist, Frankreich und Eng-
 land seien einmütig von wildestem Kriegswillen erfüllt. Den
 Friedensströmungen, die dort zutage getreten sind, könnten nur
 höchst gewissenlose Politiker jede Bedeutung absprechen. Sind
 aber, wie nicht mehr bezweifelt werden kann, in England und
 Frankreich ernste Friedensströmungen vorhanden, so ist es
 Pflicht aller in Deutschland, die den Frieden wollen, diesen Be-
 strebungen entgegenzukommen. Pflicht nicht nur der Parteien
 und der Presse, sondern vor allem auch Pflicht der Re-
 gierung.

Es ist in der letzten Zeit in der deutschen Öffentlichkeit
 viel darüber geklagt worden, daß die deutsche Regierung in der
 Kunst der Propaganda hinter den feindlichen Regierungen weit
 zurückstehe. Die leider nicht himmelsgelungene Valmheyer der
 deutschen Regierung erklärt sich aber sehr einfach aus der Un-
 sicherheit ihrer ganzen Politik. Wenn man in überzeugender
 Weise sagen soll, was man will, so muß man zunächst wissen,
 was man will. Der Abgang Kühlmanns, obgleich auch er wahr-
 haftig kein Fanatiker von Wahrheit und Klarheit war, erbricht
 im Richte der jüngsten Vorgänge in England erst recht als ein
 neues Moment der Verwirrung. Der Reichskanzler hat aber
 versichert, daß durch den Wechsel im Auswärtigen Amt keine
 Änderung des Kurses eingetreten sei. Um dies zu beweisen,
 wäre es wohl an der Zeit, jetzt endlich die Plagge zu
 zeigen. Treiben wir eine Politik, die die vollständige Zer-
 schmetterung der Gegner zur Voraussetzung hat? Oder erkennt
 die Regierung die verhängnisvolle Unmöglichkeit einer solchen
 Politik, und ist sie bereit, die Schiffe zu ziehen, die sich aus
 einer solchen Erkenntnis von selbst ergeben?

Der Inhalt des Briefes.

Bern, 6. August. Der neue Lansdownebrief, der vor
 allen leitenden Zeitungen, sogar den Norddeutschen, wiederbe-
 gegeben wird, legt den Schwerpunkt darauf, daß die Entente
 bisher ebensowenig wie die Mittelmächte in einer Mißverständnisse
 ausschließenden Weise die Vorbedingungen angekündigt

hat, unter denen sie in Friedensverhandlungen einzutreten bereit sein würde. Der Brief behandelt besonders eingehend die Rede Wilsons vom 4. Juli am Grabe Washingtons, bezüglich deren Lobh George Auerharts, die Mittelmächte könnten zu den von Wilson festgelegten Bedingungen morgen den Frieden haben. Lansdowne sagt hierzu, angesichts der Würde in der Ausdrucksweise und der hohen Ideale, von denen sie erfüllt ist, hat vielleicht kein Staatsdokument mehr Aufmerksamkeit erregt als die Rede Wilsons. Sie scheint indessen denen, die nach einer

Weg für Präliminarverhandlungen
suchen, nicht dasjenige Fundament darzubieten, nach dem sie verlangen. Wenn Deutschland sich bereit erklärte, sich den Grundsätzen Wilsons anzupassen, so wäre zweifellos ein großer Schritt vorwärts in der richtigen Richtung getan. Die Rede ist indessen kein Friedensprogramm, sondern eine vornehm formulierte Beschreibung der „Dinge, für welche die miteinander verbundenen Völker der Welt kämpfen“. Selbst wenn wir annehmen könnten, daß Deutschland in Verfolgung der von Wilson niedergelegten Politik bereit wäre, zusammen mit den anderen freien Nationen ein Tribunal für die Sicherung von Frieden und Gerechtigkeit aufzurichten, selbst wenn wir darauf schließen könnten, daß durch seinen Beitritt „seine Macht, den Weltfrieden zu stützen, tatsächlich lahmgelagert würde“, selbst wenn wir die berechtigten Hoffnungen hätten, daß „künftig alle internationalen Streitigkeiten auf der Basis freier Annahme seitens der unmittelbar betroffenen Völker geregelt würden“ und daß „alle Nationen sich künftighin in ihrem Verhalten zueinander von denselben Grundsätzen der Ehre und Achtung gegenüber den Sagenen der zivilisierten Gesellschaft leiten lassen müssen, welche die individuellen Bürger aller moderner Staaten leiten“, so würden wir uns noch immer am Anfang, nicht am Ende von äußerst komplizierten Verhandlungen befinden. Wir würden noch immer ohne das sein, was Balfour in seiner Edinburgher Rede am 11. Januar als Präliminarien forderte, nämlich vernünftige

Regelung der hauptsächlichsten territorialen Schwereigkeiten, welche die Großmächte trennen, eine Regelung, nach der, wie er sagt, das internationale Leben sich in einer natürlichen natürlichen Stabilität für einen neuen Anfang befinden würde. Wenn daher der Premierminister ankündigt, daß der Kaiser morgen den Frieden haben könne, wenn er die Bedingungen Wilsons annähme, so geht er sicherlich zu weit (he surely overstates his case) noch scheint er mit seine Sache bei den Deutschen, denen beständig eingerechnet wird, daß wir ihre vollständige Vernichtung anstreben, sonderlich zu fördern, wenn er sagt: „Der Gott der rohen Gewalt muß jetzt für immer zerbrochen und im eigenen feurigen Ofen verbrannt werden.“ Wir werden somit, fährt der Brief fort, von neuem durch Freunde und Feinde aufgefordert werden, in klarer Weise die vollen Bedingungen zwar nicht für die Regelung der Weltfrage zu erklären, wohl aber die Bedingungen, unter denen wir bereit sind, der Diplomatie eine Möglichkeit zur Eröffnung von Verhandlungen zu geben.

Ich weiß nicht, ob man uns noch immer sagen wird, daß keine Verhandlungen möglich sind, bis die Macht Deutschlands ein für allemal durch eine erdrückende militärische Niederlage gebrochen ist. Wenn dieses das Hindernis bilden sollte, so empfehle ich eine sorgfältige Erwägung der Sprache, deren sich

General Smuts
in der zu Glasgow am 17. Mai gehaltenen Rede bediente, die in einigen Londoner Zeitungen unvollständig wiedergegeben wurde. Smuts sagte:

„Wenn wir von Sieg sprechen, meinen wir nicht, daß wir uns zum Rhein oder nach Berlin marschieren, meinen wir nicht, daß wir den Krieg fortsetzen, bis wir Deutschland und das Deutsche Reich gänzlich haben und imstande sind, dem Feinde in seiner Hauptstadt den Frieden zu diktiert. Wir werden den Krieg fortsetzen bis die Ziele, für die wir in den Krieg gingen, erreicht sind und werden auf der defensiven Basis bis zum letzten Ende durchhalten. Ich glaube nicht, daß ein vollständiger Sieg für eine der beiden Mächtegruppen in diesem Kriege möglich ist, da das eine unendliche Kampagne bedeuten würde. Das oder würde bedeuten, daß die begünstigten Nationen gezwungen wären, noch viele Jahre zu kämpfen, und zu welchem Ende? Der Erfolg dürfte sein, daß die Zivilisation, die wir retten und sichern wollen, selbst in Frage gestellt wird. Aber wenn wir den Krieg nicht bis zur Zermalmung durchkämpfen wollen, ist es sicherlich nötig, gelegentlich festzustellen, wie die Dinge stehen, was der Gegner denkt, welche Vorteile man aus der Lage, wie er sie ansieht, zu ziehen vermag. Wir werden keinen Frieden nur durch nicht anderweitig unterstützte Anstrengungen der Armeen herbeiführen.“

Der Brief Lansdownes schaltet hier ein: Man vergleiche hiermit

die Worte Kühlmanns:
„Ein absolutes Ende kann jedoch von den militärischen Entscheidungen allein erwartet werden“ und fährt dann weiter fort mit einem Zitat aus der Rede Smuts:

„Wir werden unsere ganze Diplomatie ebenso wie alle unsere verfügbaren Kräfte anzuwenden haben, um ein siegreiches Ende herbeizuführen. Wie aber soll das geschehen? Ich kann mir vorstellen, daß wir bis zu einem Stadium gekämpft haben, wo der Feind bereit ist, unsere Hauptbedingungen anzunehmen, aber wie sollen wir erfahren, daß er dazu bereit ist, wenn keine informelle Konferenz stattfindet? Das Volk hat das Recht, zur Regierung zu sagen: Wir verbluten uns, wir tun unser Bestes für die Sache, aber wie erwarten von Euch als unseren Führern, daß auch Ihr Euer Teil gebt tut. Es ist Pflicht der Regierung zu reden. In keiner anderen Weise könnt Ihr die Erfolge, die Ihr anstrebt, erreichen. Die Regierung muß sprechen, um ausfindig zu machen, ob irgendwann das Stadium erreicht ist, wo Uebereinstimmung hinsichtlich der Fundamentalforderungen herrscht. Denn so hat eine derartige Uebereinstimmung vorliegt, würden wir keinen Tag länger für Unwesentliches und Gleichgültiges kämpfen.“

Der Brief fährt fort: Allerdings sind niedriger stehende Männer, die eine derartige Sprache geführt haben, der öffentlichen Verdamnung ausgesetzt gewesen, aber wenn ein Mitglied des Kabinetts und zwar ein so beredigtgemachtes im ganzen Reich geachtetes wie General Smuts die Sprache führt, kann sie nicht als bedeutungslos behandelt werden. Die Rede Smuts hat

der knock-out-blow-Theorie von Ledebur
verfehlt und sie weist den Weg zu einer wahren Konzeption desjenigen Sieges, den wir alle als unumgänglich erachten, eines Sieges, der nicht lediglich eine augenblickliche Ueberlegenheit im Felde, sondern dauernde Sicherheit anstrebt, bei der die Ideale Wilsons schließlich verwirklicht und die den Völkern gehörenden Staatswesen von der Gefahr des deutschen Militarismus befreit werden können. Der Prüffstein für einen solchen Sieg aber wird in der Bereitwilligkeit des Feindes zu suchen sein, sich von den Lehren der extremen Militaristen loszusagen und Bedingungen anzunehmen, die ihm nicht gestiftet worden wäre auch nur in Betracht zu ziehen, als er sein desparates Unternehmen begann.

Die Versammlung parlamentarischer Friedensfreunde.

Die „Daily News“ berichtet, wurde der Lansdownebrief, den die Zeitung als Aufforderung zum sofortigen Eintritt in Präliminarverhandlungen auslief, bei einer am 31. Juli in Essexhall abgehaltenen, von Lord Beauchamp einberufenen Versammlung von Parlamentariern der Lansdowneschen Richtung verlesen, der unter anderem die Lords Buxton, Carmichael, Wearbale und Farrer beizwohnten.

Beauchamp führte aus, seit Lansdownes erstem Brief seien weitere zwei Millionen Menschen getötet und verarmelt und sechs Milliarden Pfund Sterling der Schuldenlast der Kriegführenden hinzugefügt worden. Lansdownes Diagnose der Lage sei durch die späteren Ereignisse bestätigt worden, es sei völlig klar, daß irgendeinmal Friedensverhandlungen beginnen müßten, und zwar

je eher desto besser.

Die Zeit sei wirklich gekommen, daß die Regierung den Schleier löste, und dem Volke über die Lage die volle Wahrheit sage. Das Land aber müsse Bedacht darauf nehmen, daß es nicht an den Abgrund des wirtschaftlichen und sozialen Ruins gerate. Der wahre Patriotismus bestehe lediglich in der Liebe zum Vaterlande und habe mit dem Haß des Feindes nichts zu tun. Was England heute am dringlichsten benötige, sei ein Wechsel in der Stimmung und Stellungnahme, ja des Herzens seitens der Minister der Krone.

Lord Carmichael wies darauf hin, daß man nie zu einer wirklichen ehrenvollen Verständigung gelangen werde, wenn jedesmal, wenn Friedensverhandlungen auch nur angedeutet würden, dieselben mit beleidigenden Schlagworten wie Friedensoffensive belegt und abgelehnt würden. Seines Erachtens seien mehr als einmal

absolut aufrichtige Friedensverhandlungen

vorgeschlagen worden, die aber, insbesondere die von Oesterreich vorge schlagenen, nicht mit angemessenem Entgegenkommen aufgenommen worden seien. Der Prüffstein für die Ehrlichkeit des Friedensverlangens liege darin, ob die in Betracht kommenden Völker bereit seien, die Verpflichtungen zu übernehmen, welche der Eintritt in die Völkerliga ihnen auferlegen würde.

Buxton beklagte, daß, wenn immer deutscherseits vernünftige Vorschläge für Friedensverhandlungen gemacht würden, dieselben in England stets als nichtig verworfen würden. Das Volk möge darauf bestehen, daß alle Vorschläge und Angebote stets baldmöglichst bekanntgegeben würden. Es werde gesagt, daß der einzige Weg, den Krieg zu beendigen, der sei, Deutschland zu erledigen, aber Englands Erfahrungen in Irland lehrten, wie absolut unmöglich es sei, selbst eine kleine Nation in unmittelbarer Nähe zu erledigen. Der Redner schloß: Lassen Sie uns dem deutschen Volke beweisen, daß dieser Krieg ebenso sehr für seine Befreiung geführt wird, wie für die unsrige.

Die Versammlung nahm eine Entschliebung an, daß dem Marquis Lansdowne der herzlichste Dank dieser Konferenz für das Memorandum übermittleit werde. Sie sieht seine Politik als äußerst verdienstvoll an und im Einklang mit den höchsten und besten Traditionen der britischen Staatskunst verpflichtet sie sich, dieselbe bis zum Äußersten zu unterstützen.

Pressestimmen zu Lansdownes Brief.

Eine Drohschütze Hendersons.

Bern, 6. August. „Daily News“ schreibt zu dem Brief Lansdownes: In dem bewunderungswürdigen Briefe, den Lansdowne gestern ausbrachte, legt er von neuem die Ansichten nieder, mit denen sein Name verknüpft ist. Er will einen „Frieden mit Ehren“, einen Frieden, der die Gefahr des preussischen Militarismus beseitigt oder zugleich der Welt Sicherheit gegen künftige Kriege gewährt. Sein Betonen der Notwendigkeit, nach Friedensmöglichkeiten auszusuchen und unsere Friedensziele in einer Weise zu definieren, daß der Konflikt einer Prüfung durch Verhandlungen unterbreitet werden kann, erzielt immer mehr weitgehende Zustimmung. Smuts auf der einen, Kühlmann auf der anderen Seite haben in gleicher Weise die Möglichkeit einer rein militärischen Entscheidung abgelehnt. Irigendwann müssen Verhandlungen stattfinden und die Voraussetzung dafür ist die Formulierung der Bedingungen. Die Vergangenheit hat Gelegenheit für Verhandlungen geboten. Die nahe Zukunft wird weitere bieten, aber wenn davon Gebrauch gemacht werden soll, müssen Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, eine gemeinsame Erklärung ihrer Kriegsziele und Friedensbedingungen veröffentlichen, an der sie in gutem wie schlechtem Wetter festhalten. Der Grundstein dieser Bedingungen aber muß ein klares Angebot des wirtschaftlichen Friedens für den Fall bilden, daß Deutschland die gerechten Bedingungen für Herausgabe und Wiederherstellung annimmt.

Ohne wirtschaftlichen Frieden kann das Ideal, das Henderson in der heute veröffentlichten Broschüre über die Völkerliga aufgestellt hat, nicht verwirklicht werden. Der Endzweck eines solchen Bundes sagt Henderson, ist, Gemeinsein in der Welt zu schaffen, Nationen zum Bewußtsein der Solidarität ihrer Interessen zu erwecken und sie segensreich zu machen, daß die Welt eine Einheit ist, nicht eine Anzahl einzelner, durch künstliche Grenzen getrennter Länder.

Als Gegenstück dazu schreibt „Daily Mail“: Die neue Epistel Lansdownes kann nur Unfug anrichten. Die britische Nation und die Alliierten beharren fest bei Wilsons Ausspruch: „Diese Worte darf sich nicht wiederholen.“ Sie werden die Arbeit nicht halbzeitig lassen, um einigen reichen und furchtsamen alten Herren gefällig zu sein.

Bern, 6. August. Zum letzten Lansdowne-Brief äußert sich der Deputierte Cahn in der „Humanität“, der Brief sei sehr vernünftig. Lansdownes Ansicht, daß der Krieg schon zu lange gedauert habe und die Ententezeit jetzt schon zu erreichen seien, sei durchaus berechtigt. Ueberall beim Feinde, fährt Cahn aus, wie bei uns selbst, verlangen die Völker nach Frieden, nicht etwa bloß, weil man sich über die tragischen Menschenverluste Kopfschütteln ablegt, sondern weil man einseht, daß man selbst bei einer zeitweiligen Ueberlegenheit auf dem Schlachtfelde nicht zum ständigen Frieden kommen könne. Die Regierungen müssen daher die Kriegsziele darlegen, die Gedanken, die Lansdowne entwickelt, aufgreifen und in die Wirklichkeit umsetzen.

Helferich von Moskau nach Berlin.

Volks-Bureau teilt mit: Der diplomatische Vertreter der kaiserlichen Regierung in Moskau, Staatsminister Helferich, ist zur mündlichen Berichterstattung über die Lage in Rußland nach Berlin berufen worden und gestern von Moskau nach hier abgereist.

Eine Note der sibirischen Regierung.

Der Moskauer „Sokol Trudomogo Krestjanstva“ berichtet in seiner Ausgabe vom 1. August: In einer Note an die Vertreter der Verbandsmächte teilt die sibirische Regierung mit, daß sie allein für das Schicksal Sibiriens verantwortlich sei. Die Regierung erklärt sich von fremden Mächten unabhängig. Außer ihr habe keine andere Behörde Bestimmungen in Sibirien zu treffen. Die Behörde teilt ferner mit, daß sie Sibirien nicht für immer vom übrigen Rußland als getrennt betrachte.

Diese Erklärung hat insofern Wichtigkeit, als sie von amerikanisch-japanischer Seite ausgehende Forderungen zur Intervention ergänzt. Es ist nicht gesagt, welche der sieben Regierungen Sibiriens die Note verschickt hat, aber nur die Dmäter, die sich auf das Gros der Tschoko-Slowaken stützt, dürfte in Betracht kommen. Auch diese Note gibt also zu erkennen, daß die Intervention nur den Charakter einer Hilfsaktion haben soll, die der russischen Bourgeoisie für ihren Kampf um die Macht in Rußland zur Verfügung gehalten wird. Natürlich läßt sich nicht sagen, ob diese Form die endgültige bleiben oder nur die vorläufige sein wird. Es ist jedenfalls zurzeit die Form, auf Grund deren die Einigkeit der Alliierten sich wahren ließ. Die Auseinandersetzung über Ostasien im allgemeinen und Sibirien im besonderen ist also gewissermaßen nach dem ersten Schritt gestoppt und ihr Weiteres ist im duldsamen Einvernehmen vertagt worden, bis ein neuer Fall einen neuen Schritt erzwingt.

Die gestern mitgeteilte amerikanische Erklärung an die Presse läßt immerhin die Möglichkeit sichtbar werden, daß aus dem jetzigen Zustand — einem Puppenzustand vergleichbar — so etwas wie eine Okkupation sich entwickelt. Das Wort der jetzigen sibirischen Regierung, daß sie von fremden Mächten unabhängig sei, würde sich alsdann wahrscheinlich als eine stolze, aber gleichwohl nur lustige Fiktion entpuppen.

Moskau, 6. August. In Dmät versammelt sich laut „Sarij“ hervorragende Parteiführer Rußlands. Dmät soll zeitweilig das politische Zentrum für ganz Rußland werden. Daher sollen dorthin die Zentralkomitees aller großen Parteien verlegt werden. Kowalew, Argunow, Grewitsch u. a. sind schon eingetroffen, Sawinow wird erwartet.

Wladivostok, 3. August. (Reuter.) Englische Truppen wurden gelandet.

Chardui, 3. August. (Reuter.) Serenow geht nach Wladivostok. Seine Truppen sollen zwischen Hailar und der Station Mandchuria stehen, wo sie die Tschoko-Slowaken erwarten.

Kämpfe bei Archangelsk.

Archangelsk, 4. August. (Reuter.) In der vergangenen Nacht besetzten die Bolschewiki die Verklärung erhalten hatten, Tsakowgora, die nächste Station von Archangelsk. Sie wurden jedoch von der Weissen Garde vertrieben. Bauernpatrouillen haben aus den Dörfern in der Nachbarschaft eine Reihe Roter Gardehütten weggeschafft, die sich dort verborgen hielten. Nach Telegrammen aus Resen und Pinega ist in verschiedenen Bezirken die Gegenrevolution gegen die Bolschewiki ausgebrochen. Es wird gemeldet, daß drei Flugboote gestrandet und daß die kassowitsche Besatzung gestürzt ist.

Sieht man von der ententistischen Aufmachung der Meldung ab, so bleibt als Tatsächliches, daß die Engländer nicht in Archangelsk stehen zu bleiben gedenken, sondern sich unmittelbar nach der Befehung auf den Marsch machen und die Erhebung des angrenzenden Gebietes zu bewerkstelligen suchen. Die Städte Pinega und Resen liegen östlich von Archangelsk und ihr Besitz gehört zur Beherrschung des Weissen Meeres.

Verhaftung ententistischer Agenten. Eisenbahner Sabotage.

Berlin, 6. August. (B. T. Z.) Wie aus Moskau berichtet wird, sind zahlreiche Ententagenten, auch Offiziere, in Wolgaba verhaftet worden. Bei einem Aufstand in Jaroslaw fand man nämlich Beweise gegen französische Offiziere, daß sie sich im Lager der Sozialrevolutionäre gegen die jetzige Regierung betätigen. Darauf wurden 10 Mann von ihnen verhaftet. Die Militärmission in Moskau soll angeblich nicht mehr bestehen, doch hält sich der General Lavergne, der Chef der französischen Militärmission, noch immer in Moskau auf, angeblich als Militärattache der französischen Botschaft mit dem dazugehörigen Personal.

Rishni-Kungorsk, 5. August. (B. T. Z.) Es wurden 400 Garobiken und 400 Mann, die sich bei der französischen Mission eingeschrieben hatten, um nach Frankreich an die Westfront gebracht zu werden, verhaftet, weil man sie im Verdacht hatte, unter dem Vorwande dieser Entsendung gegenrevolutionäre weisgarbilitische Banden zu organisieren.

Moskau, 6. August. Gestern sind in Moskau laut „Sokol Trudomogo“ einige hervorragende Vertreter der englischen und französischen Bourgeoisie verhaftet worden. In Verbindung mit dem Vormarsch der Engländer und Franzosen im Kurmangabel wurden gestern in Moskau französische und persische Offiziere verhaftet, deren Tätigkeit der Sowjetregierung Verdacht einflößte.

Moskau, 1. August. Die Sowjet-Regierung wandte sich mit einem besonderen Anruf an die Bevölkerung der Ententestaaten, in welchem sie die imperialistische, gegenrevolutionäre Bedeutung des Vorrückens der Entente im nördlichen europäischen Rußland klarlegt und die Arbeiterklassen auffordert, ihren Regierungen in dieser Beziehung Widerstand entgegenzusetzen.

Moskau, 6. August. Ein Befehl Trakhs weist darauf hin, daß an die Tschoko-Slowakische Front abgehende Abteilungen außer in Langjam vorrücken infolge Untätigkeit und zitiert sogar Schwiligkeit des gegenrevolutionären Teils der Eisenbahner. Dem Sabotageverbreiten wird mit der ganzen Strenge der Revolutionsgesehe gedroht.

Der Pressekommissar des Nordgebieten hat allen Presseabteilungen mitgeteilt, daß sofort in allen Städten die bürgerliche Presse zu schließen sei. Schließen sind schon in Wladiwostok keine bürgerlichen Zeitungen erschienen, mit Ausnahme der „Wostokabaja Gazeta“, die das politische Programm der Sowjets angenommen hat.

Petersburg, 5. August. Die Presse meldet: Auf Befehl von Urisch werden die Straßentruppen und Wachen von Petersburg verhaftet. An die Tschoko-Slowakische Front sind Verstärkungen von hier abgegangen.

Groß-Berlin

„Zu wenig“ gesteigert — ?

Jeder Wohnungsmieter muß in dieser Zeit der Mietsteigerungen sich auf Ueberrassungen gefaßt machen. Eine doppelte und dreifache Ueberrassungen gab es in Weichensee für verschiedene Mieter einer an der Ecke der Langhans- und der Friedrichstraße gelegenen Häusergruppe, deren Kiechbraucherin die Gemeinde ist. Im Juni hatte der die Häuser verwaltende Gemeindebeamte den Mietern mitgeteilt, daß vom Oktober ab die Mieten um fünf bis sechs Prozent gesteigert würden. Der Aufschlag betrug bis über 30 Prozent des bisherigen Preises, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß manche der Wohnungen bisher nicht übertrieben teuer waren. Die meisten Mieter nahmen die Mietsteigerungen als unabweisbar hin, und der Verwalter konnte sich alsbald daran machen, die neuen Verträge anzufertigen. Schon waren mehrere der Verträge von ihm und den Mietern unterschrieben und hatten hiermit ihre Gültigkeit erlangt, da kam die zweite und noch größere Ueberrassungen. Mit verlegenem Gesicht fand der Verwalter sich bei den Mietern ein, um ihnen zu sagen, daß in den Verträgen etwas nicht stimmte. Er habe, gestand er, die neuen Mieten noch „zu niedrig“ angesetzt, und es seien ihm schwere Vorwürfe gemacht worden, daß er die Verträge überhaupt so frühzeitig abgeschlossen habe. Die „richtigen“ Mieten, die er jetzt nannte, waren um so viel höher, daß nunmehr die Gesamtsteigerung gegenüber dem bisherigen Preis bis weit über 50 Proz. betrug. Wir hören, daß z. B. eine im Vorderhaus gelegene Wohnung mit zwei Zimmern und Zubehör (einschließlich Walfon, Badeeinrichtung und Warmwasserheizung), die bisher 88 M. kostete, künftig 90 M. kosten soll, was sogar einen Aufschlag von fast 58 Proz. bedeuten würde. Der Verwalter hat, ihm die bereits abgeschlossenen Verträge wieder zurückzugeben, weil sie „ungültig“ seien. Es läßt sich denken, daß er für dieses Verlangen nicht viel Gegenliebe fand. Die Widersprechenden haben nun noch eine dritte Ueberrassungen erlebt: sie sind vor das Mieteinigungsamt geladen worden, das anscheinend in dem Streit vermitteln soll. Die Gemeinde als Kiechbraucherin steigert die Mieten, hinterher hält man die neuen Mieten für verabsichtlich noch zu niedrig angesetzt, will die schon abgeschlossenen Verträge für ungültig erklären — und dann soll das Mieteinigungsamt helfen? Das hätte sich wohl seit Mieteinigungsamt träumen lassen, daß ihm auch mal ein derartiger Fall zur Beurteilung vorgelegt werden könnte! Wir sind gespannt darauf, wie der Streit enden wird.

Lebensmittellisten und Krankenanstalten.

Der Staatskommissar für Volksernährung hat neuerdings angeordnet, daß Kranke vor ihrer Aufnahme in die Anstalt bei ihrer bisherigen Aufenthaltsgemeinde sämtliche Lebensmittellisten abzugeben haben und dafür die allgemein übliche Abmeldebekanntmachung erhalten, auf Grund deren dann die Versorgung in der Krankenanstalt erfolgt. Nur bei der Aufnahme von Schwerkranken in Augenheilkrankenhäuser und ähnlichen Anstalten soll die Aufenthaltsgemeinde den Kranken Reisefordern in Höhe der ihnen zustehenden Zulagen verabfolgen.

Zuchttanzen für Kriegsschädigte.

Die Kriegsschädigten-Gesellschaft in Leipzig ist, wie uns von Lichtenberger städtischer Seite mitgeteilt wird, bereit, Kriegsschädigten kostenlos Zuchttanzen zu überlassen. Für Lichtenberg sind Anträge bei der Fürsorgestelle für Kriegsschädigte im Stadthaus in Lichtenberg, Lärtschmidstr. 24—26, zu stellen.

Berliner Lebensmittel.

Gemäß dem Verlaufe des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin gelangt demnach in Berlin auf Abschnitt 56 der Lebensmittelliste der Stadt Berlin 225 Gramm und auf Abschnitt 58 230 Gramm Auslandsmormelade zur Ausgabe. Die Voranmeldung findet in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften am 8., 9. und 10. August statt. Sobald die Ware den Kleinhandlern zugeht ist, wird der Verkauf beginnen. Der Kleinhandelspreis beträgt 2 M. für das Pfund.

Zu der Zeit bis Sonnabend, den 10. August, wird an diejenigen Kunden, die in die Speisefettlistenlisten der in den Bezirken der 140. bis 144., 147., 148., 199. und 231. Brotkommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Mehl verteilt.

Polizeiliche Paragrafensprache.

Wer bestraft wird, möchte begreiflicherweise möglichst genau wissen, warum und wofür er bestraft wird. Verständnis für solche Schwäger sollte ein Berliner bei dem Amtsvorsteher zu Lanke voraus, in dessen Amtsbezirk er sich einer Uebertretung schuldig gemacht hatte, so daß er in Strafe genommen wurde. Er war in einer Gruppe von Sonntagsgangstern, die in den der Stadt Berlin gehörenden Waldungen um Lanke, wie wir in Nr. 200 berichteten, wegen unerlaubter Aufstellung eines Zeltes von einem städtischen Forstbeamten angehalten wurden und sogleich am Ort der Tat den Betrag von 5 M. pro Kopf bezahlen mußten. Einer hatte hinterher den Einspruch, durch Brief um gefällige Uebersendung einer regelrechten Quittung über die bezahlte Strafgebühr zu erstatten und gleichzeitig zu bitten, man möge ihm den Wortlaut der Verordnung mitteilen, gegen die er verstoßen haben sollte. Als Antwort hat er jetzt eine Handschrift des Lanke Amtsvorstehers Finsterwalder erhalten, die so lautet:

„Sie haben am 16. Juli 1918 in der Forst der städtischen Oberförsterei zu Lanke unbefugt in Gemeinschaft mit mehreren anderen jungen Leuten ein Zelt aufgestellt und somit gegen § 10 Abs. 4 der Polizeiverordnung betreffend Ausführung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 9. November 1885 verstoßen. Sie werden daher mit einer Geldstrafe von 5 M. bestraft. Die von Ihnen als Siderer für Ihre Person hinterlegten 5 M. sind als Strafgebühren übernommen und an die hiesige Anstalt abgegeben worden. Ueber deren Empfang hiermit quittiert wird.“

So, nun hat er seinen Beheer! Hauptfrage scheint zu sein, daß er die Paragrafensprache nun braucht er sich nur noch jene Polizeiverordnung vom 9. November 1885 zu verschaffen und in ihr nachzusehen, was der § 10 in Absatz 4 sagt. War es aber nicht einfacher gewesen, ihm in der Antwort sogleich den Wortlaut anzugeben? Oder ist die Papiernot in Lanke so groß, daß der Herr Amtsvorsteher beim besten Willen nicht selber mitteilen konnte, was der Bestrafte zu erfahren wünschte? Aber vielleicht muß dafür vorwärtsgemäß noch eine besondere Gebühr entrichtet werden, deren vorherige Einzahlung der unzufriedene Witzbegierige unterlassen hätte. Wenn der Herr Amtsvorsteher ihm wenigstens verraten hätte, wo jene vor 33 Jahren in irgendeinem amtlichen Blättchen veröffentlichte Verordnung zu finden ist. Hoffentlich ist die Angabe der Paragrafennummer zuverlässiger als die in demselben Schreiben des Amtsvorstehers enthaltene Angabe des Tages, an dem die Straftat der Zeltaufstellung begangen worden sein soll. Das Schreiben spricht vom 16. Juli, während der verhängnisvolle Ausflug am 14. Juli, einem Sonntag, gemacht wurde. Demnach schuldet der Herr Amtsvorsteher immer noch die Quittung über die 5 M., die für die am 14. Juli verbüßte Freveltat am 14. Juli bezahlt worden sind. Denn die übersandte Quittung mit der falschen Tagesangabe ist selbstverständlich wertlos.

Wie sieht es übrigens mit der Rückzahlung des damals auch von

solchen Teilnehmern des Ausflugs erhobenen Strafgebühren, die sich an der Zeltaufstellung gar nicht beteiligt hatten und die Zelte nicht mal benutzt hatten? Und noch eine andere Frage, die wir auf dem Herzen haben, sehen wir gern beantwortet. Wie denkt der Berliner Magistrat darüber, daß in der für schweres Geld erworbenen und auch als Erholungsstätte gedachten Waldungen um Lanke den erholungsbedürftigen Berlinern der Aufenthalt in dieser Weise vereitelt wird? Herr Finsterwalder, der da draußen den Amtsvorsteher macht, ist Oberförster der Stadt Berlin.

Zur Kleiderbestandsaufnahme.

Die Reichsbekleidungsstelle teilt mit: Im „Friedenauer Lokalanzeiger“ wird eine angeblich amtliche Nachricht verbreitet, nach der die Steuerzahler mit einem Jahreseinkommen von 5000 M. aufgefordert werden sollen, eine Bestandsliste ihrer Kleidung einzureichen zum Zwecke der Entgeltung von Anzügen für die Kleiderfabrikation. Diese Mitteilung ist falsch. Die Reichsbekleidungsstelle erklärt ausdrücklich hierzu, daß die Kommunalverbände nicht die Berechtigung haben, Bestandslisten zum Zwecke der Entgeltung von Anzügen einzuholen. Die Kommunen haben lediglich die Berechtigung, Bestandslisten von ihren abgabepflichtigen Einwohnern einzuholen und die Richtigkeit dieser Bestandslisten nachzuprüfen. Weitere Befugnisse und Eingriffe in den Kleiderbestand der Privatleute haben die Kommunalverbände nicht.

Ausbau der Schuhversorgung.

Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat mehrere Bekanntmachungen und Mitteilungen veröffentlicht, die eine bessere Leder- und Schuhversorgung, insbesondere für Berufsarbeiter bezwecken. Dagegen soll die Verwendung von Web-, Wirt- und Strickwaren zur Herstellung von sogenannten Kriegsschuhen eingeschränkt werden. Am 15. d. M. tritt eine Verordnung der Reichsstelle für Schuhversorgung in Kraft, wonach es gemeinnützigen Unternehmungen verboten ist, Web-, Wirt- und Strickwaren, die nicht auf der Preisliste der Reichsbekleidungsstelle stehen, zur Herstellung bedarfsfähiger Schuhwerks zu verwenden. Dagegen können nach einer weiteren Mitteilung der Reichsstelle auch Wohlfahrtsausbesserungswerkstätten, Erbschaften, die von der Erbschaftsengeldschaft genehmigt und zum Vertrieb im freien Handel zugelassen sind, im freien Verkehr erwerben. Ein Zwang der Wohlfahrtsausbesserungswerkstätten, Erbschaften nur durch die Erbschaftsengeldschaft zu beziehen, besteht nicht. Solche Wohlfahrtsausbesserungswerkstätten sind mit Leder, Lederabfällen und sonstigen Schuhwerkstoffen besser als bisher versorgt werden. Oberleder kann bei der bestehenden sehr großen Knappheit an diesem Leder auch den Wohlfahrtsausbesserungswerkstätten nicht zugewiesen werden. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sollen zur Ausbesserung des Schuhbestandes in erster Reihe die eigenen Anfälle aus getragenen Schuhen und Altleber verwenden. Die Gemeinden sollen auch die Abgabe getragener Schuhe und von Altleber nach Kräften fördern. Altleber aus Altimaterial sieht den Gemeinden zurzeit in hinreichenden Mengen zur Verfügung.

An die Arbeiter wird Militärschuhzeug verteilt werden, das aus den Beständen der Heeresverwaltung als zur eigenen Instandsetzung ungeeignet ausgeschieden und im Auftrag der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft für den bürgerlichen Bedarf, namentlich der Berufsarbeiter wiederhergestellt wird. Neben diesem Militärschuhzeug hat die preussische Heeresverwaltung aus den Beständen des von ihr selbst instand gehaltenen für den Garnisongebrauch des Heeres bestimmten Militärschuhzeugs eine bestimmte Menge für den bürgerlichen Bedarf der Reichsstelle für Schuhversorgung zur Verfügung gestellt. Die Höchstpreise für dieses Schuhzeug betragen bei Abgabe an die Arbeiter für Militärstiefel 22,50 M., für Militärkassettiefel 15,95 M. und für Militärschnürschuhe 13,75 M. Ferner haben der Reichsstelle zurzeit für den Bedarf von Anstalten und gemeindlichen Wohlfahrtsstellen 25 000 Paar wiederhergestellte Stiefel aus Leder und 75 000 Paar Leder- und Tuchstiefel aus Altimaterial mit Holzsohlen zur Verfügung. Dieses Schuhzeug darf von den Gemeinden nicht an Personen abgegeben werden, die als Berufsarbeiter beschäftigt sind und als solche schon besonders mit Schuhzeug versorgt werden. In den nächsten Monaten wird auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter Schuhwerk aus Leder besonders verteilt werden, und zwar für diejenigen Bezirke, in denen die Bodenverhältnisse Schuhwerk aus Leder erfordern. Für die Wald- und Forstarbeiter beginnt die regelmäßige monatliche Verteilung von Schuhwerk für das Jahr 1918/19 vom Monat September ab in der bisherigen Weise.

Ein Schuhmann als Verwalter.

Zu diesem in Nr. 198 des „Vorwärts“ vom 21. Juli unter dieser Ueberschrift geschilderten Fall erhalten wir von der Ehefrau des Verwalters einen längeren Brief, in dem diese sich zum Verleibigen ihres Ehemannes äußert und erklärt, daß der Artikel in vielen (7) Fällen nicht der Wahrheit entspricht. Die Frau erklärt, daß ihr Ehemann im Verkehr mit den Mietern stets die Höflichkeit wahre und daß, wenn er in dem angezogenen Fall um Bezahlung der Miete gemahnt habe, dieses nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht war.

Die Ehefrau des Polizeibeamten überfiert hierbei, daß wir diesen Umstand gar nicht zum Gegenstand unserer Besprechung gemacht, vielmehr ausdrücklich erklärt hatten, daß auch wir der Meinung sind, daß eingegangene Verpflichtungen erfüllt werden müssen, falls nicht unüberwindliche Notlage das unmöglich macht. Wogegen wir uns wandten und auch jetzt noch wenden, ist der Umstand, daß der Herr Polizeibeamte in seiner Eigenschaft als Verwalter, das säumigen Mieter mit der Einziehung zum Heeresdienst droht und dieser Drohung Nachdruck durch die Benützung eines amtlichen, mit tingsgedrucktem Polizeistempel versehenen Bogens zu geben verfuhrte.

Doch hören wir die Frau Verwalterin. (Wir geben die Stellen wörtlich wieder): „Wenn mein Mann schreibt, er werde sich, im Falle die Miete nicht bezahlt wird, an die Militärbehörde wenden, so sollte das keine Denunziation sein, sondern eine Warnung, um den Herrn S. vor evtl. Konsequenzen zu schützen.“ (Wie lieb.)

„Daß die ganze Angelegenheit privatim ist und die Militärbehörde mit derartigen Sachen nichts zu tun hat, ist auch uns bekannt. Aber es ist auch sehr gut, wenn eine Verböde von derartige Mißbräucher Kenntnis erhält, die viel Geld verdienen, sich damit kräften, viel Rechte verlangen, aber keine Pflichten haben wollen. Daß mein Mann seine Andeutung wahr macht, bedarf keines Zweifels (1) oder glaubt vielleicht der Artikelschreiber, einen Scherz auf meinen Mann abzugeben zu haben, da irt er sich. Mein Mann ist ein alter Soldat und kennt keine Furcht. Ueber die Benützung eines beschriebenen nicht dienstlichen Avertis zu kritisieren, finde ich recht lächerlich und erübrigt sich jeder Kommentar. Das Papier war allerdings Dienstpapier, aber zu dienstlichen Zwecken wird mehr brauchen — also wertlos.“

„Als Beamtenfrau betrachte diesen Mißbrauch nur als Schändung meines Mannes, weil er Beamter ist. Wäre aber der Verwalter ein Arbeiter und der Mieter ein Beamter, hätte der Verwalter — wohl nach Ansicht des Artikelschreibers — richtig gehandelt.“

Lehrtur Annahme ist, wie unsere Leser wissen, irrig, denn für uns handelt es sich nicht darum, wer die Handlung beantragen und gegen wen sie verübt worden ist, sondern um die Handlungsweise selbst, in diesem Falle um die Handlungsweise eines Verwalters in das richtige Licht zu rücken. Die Drohung mit der Anzeige bei der Militärbehörde wird angegeben, desgleichen die Benützung eines amtlichen Bogens. Diese Handlungsweise hatten wir gekennzeichnet und weiter nichts. Wir vermögen daher auch jetzt nicht irgendein Wort unseres Artikels vom 21. Juli zurückzunehmen.

Wieder eingefunden haben sich in Berlin die beiden im Hause Weidenweg 79 wohnenden Anaben, deren Verschwinden wir in Nr. 201 meldeten. Der neunjährige Kurt Schädicke hatte zu seiner Großmutter in Tilsit fahren wollen und hatte den siebenjährigen Herbert Herrmann begleitet, ihn zu begleiten. Als „blinde Passagiere“ gelangten beide mit einem D-Zug nach Schneidemühl, dort aber wurden sie beim Aussteigen als Berliner Ausreißer erkannt. Eine Schwester vom Roten Kreuz, an die sie, von Hunger geplagt, sich mit der Witte um Brot wandten, stellte durch Befragen fest, daß sie ohne Wissen der Eltern auf die Reise gegangen waren. Nachdem die Kinder ihre Namen und Wohnungen angegeben hatten, wurden sie einstweilen im Schneidemühl bei den Insassen eines Altersheims der Armenverwaltung untergebracht. Sonderbarerweise dauerte es dann aber zwei Wochen, bis in Berlin den Eltern die Wiederauffindung ihrer Kinder bekannt wurde. Noch sonderbarer ist, daß ihnen hier nicht die Polizei, sondern ein Herr, der sich als Armenvorsteher bezeichnete, die Nachricht überbrachte. In welche amtliche Stelle in Berlin die Schneidemühl sich wegen Zurückholung der Kinder gewendet haben können, ist nicht klar. Es scheint fast, daß sie sich mit der Berliner Armenverwaltung in Verbindung gesetzt haben, die natürlich weder von den Kindern noch von den Eltern etwas wußte. Als die Eltern zur Abholung ihrer Kinder nach Schneidemühl kamen, mußten sie hören, von Berlin aus sei auf Anfrage der Bescheid erteilt worden, daß die Eltern nicht zu ermitteln seien. Man gab zu, daß von Schneidemühl aus allerdings nicht die Berliner Polizei in Anspruch genommen worden war. Wäre das geschehen, so hätte die Polizei richtige Auskunft geben können.

Eine gefährliche Warenhausdiebin festgenommen. Eine 22 Jahre alte Frida Jachmann, die sich wohnungslos in Berlin umhertreibt und vom Warenhausdiebstahl lebt, machte vor längerer Zeit durch einen ungewöhnlichen Streich von sich zu reden. Sie ließ sich damals in einem Warenhaus heimlich einschließen. Bei einer nächtlichen Umhau in den weiten Räumen hatte sie das Unglück, zu stolpern, hinzufallen und sich einen Fuß so schwer zu verstauchen, daß sie sich zunächst nur mühsam von der Stelle bewegen konnte. Sie suchte sich nun einen Versteck aus und blieb dort solange liegen, bis sie wieder einigermaßen gehen konnte. Die Lebensmittel holte sie sich von den Verkaufstischen des Warenhauses. Nach fünf Tagen und Nächten war sie so weit, daß sie das Haus wieder verlassen konnte. Nachdem sie sich für mehrere tausend Mark Sachen zusammengehohlet und unter ihrer Kleidung verborgen hatte, schlingelte sie sich nach dem Ausgange zu und verbergte sich in einer Ecke unter der Heberang einer Kleiderpuppe, um auf einen günstigen Augenblick zum Entschlüpfen zu warten. Da kam unerwartet eine Verkäuferin nach der Ecke. Diese sah zu ihrem Schrecken, daß eine der Puppen plötzlich lebendig wurde und schlug Darm. So wurde die Diebin gefaßt und wegen ihres Fußschadens zunächst nach der Charité gebracht. Von dort entlassen, hielt sie sich in ihren Schlafwinkeln verborgen und betrieb ihre Spezialität weiter, bis sie in einem anderen Warenhaus gefaßt wurde, nachdem sie schon wieder für 1300 M. Kleidungsstücke zusammengegrafft hatte. Jetzt legte sie sich den Namen ihrer Schwester bei, und weil diese ein unbescholtenes Mädchen ist, so wurde sie einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Schwindel kam bald aus Licht, aber die Diebin war nicht mehr zu finden. Dienstag endlich entdeckte sie eine Streifmannschaft der Kriminalpolizei, die ein Laubengänge absuchte, dort in einem Versteck und brachte sie nach Moabit.

Schwer heimgefaßt wurde ein Kaufmann B. am Friedrichshain, der mit seiner ganzen Familie nach Regenwalde gereist ist, um dort die Ferienzeit zu verleben. Einbrecher statteten der ohne Aufsicht gelassenen Wohnung einen Besuch ab und räumten alle Schränke aus. Nur die Möbel blieben stehen. Der Gesamtwert der gestohlenen Beute, die aus Wäsche, Kleidungsstücken, Wert- und Schmuckstücken bestand, wird auf 50 000 M. geschätzt.

Schöneberg. Ausgabe von Schloß. Auf den Doppelabschnitt 1 der Schöneberger Bezugskarte wird in der Zeit vom 7. bis 31. August ein Vorkauf des Schloß zum Preise von 25 Pf. ohne Voranmeldung in den Schöneberger Apotheken und Drogeriehandlungen abgegeben.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 51 der Lebensmittelliste Groß-Berlin werden 200 Gramm und auf Abschnitt 18 der Lebensmittelliste für Jugendliche 100 Gramm Graupen abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 10. d. M. zu erfolgen. An Ost- und Speisewirtschaften mit ausgeprägtem Familienverkehr ist Fruchtbarkeit gegeben worden, mit der ausdrücklichen Bestimmung, denselben lediglich zu Getränken für Frauen und Kinder zu verwenden. Verwendung im Haushalt oder zu anderen als den angegebenen Zwecken ist nicht gestattet.

Treptow. Gütige Steuererzielung. In den letzten Tagen wurden hier durch den Steuererheber die Steuern für das Halbjahr April—September eingefordert, ohne daß bisher die Veranlagungsschreiben zur Gemeinde-Einkommensteuer zugestellt worden sind. Die Gemeindeverwaltung beruft sich hierbei darauf, die Höhe des diesjährigen Aufschlages zur Staats-Einkommensteuer sei ja öffentlich bekanntgemacht worden und es könne demnach jeder ausrechnen, was er an Gemeindesteuer zu zahlen habe. Dieses Verfahren ist unzulässig. Es widerspricht dem Steuergrundsatz, daß niemand Steuern zu zahlen braucht, bevor ihm das Veranlagungsschreiben zugegangen ist. Wer das Geld zur Verfügung hat, mag ja freiwillig zahlen, da es vorteilhafter ist, sich die Steuer abholen zu lassen, als sie später mit Zeitverlust zur Steuerkasse bringen zu müssen. Unter keinen Umständen aber ist vor Zustellung der Veranlagung eine Mahnung oder gar Pfändung berechtigt.

Friedrichshagen. Lebensmittel. In dieser Woche gelangen auf Abschnitt 119 der Kartoffelliste je 10 Pfund Kartoffeln und auf Abschnitt 118 der blauen Lebensmittelliste je 100 Gramm Sakerflocken zur Ausgabe.

Anmeldungen auf Brennholz nimmt die Kohlenstelle, Friedrichstraße 97, entgegen. Aufträge zur Anfuhr werden jetzt sofort erledigt.

Aus aller Welt.

Die Cholera in Petersburg.

Petersburg, 5. August. Die Presse meldet: Am 1. August wurden hier 78, am 2. August 100 Cholerafälle gemeldet.

Hamsterjagd auf Leben und Tod.

Als sich auf Bahnhöfen Westfalen der Zug nach Neubekum in Bewegung setzte, verurteilte ein Hamsterer mit seiner Keilgesellschaft in den Zug zu springen. Unter diesen Sie sich! Der Zug fährt ja bereits! ruft der Hüter des Gesetzes. Unbeirrt erreicht der Hamsterer in klügelnder Sprünge den ersten Wagen des fahrenden Zuges. Der Herr Wachtmeister hinterdrein. Kaum sieht der Hamsterer diesen, da springt er wieder aus dem Zuge und läuft über ein Ackerfeld, um dann in einer Hede zu verschwinden. Hinter ihm im Schaulust der Gendarm. Die tolle Jagd geht durch Heden und über Wiesenläufe. Endlich hat er ihn, den böse ermittelten, pfeifenden, schwindenden und schlingenden Hamsterer. Die Fackel wird geöffnet und heraus quillt ein dickliches, gelbes Erwas, die gehamsterten Eier. Unterdessen hatten sich die Dorfjungen über die Kerzel hergemacht, die der Herr Wachtmeister vorher beschlagnahmt hatte.

Großer Waldbrand an der Riviera.

Been, 7. August. Nach „Progres de Lyon“ ist an der Riviera ein neuer Waldbrand ausgebrochen. Am Golf von Juan ist der bekannte Forst des Laures in Brand geraten.

Im Hochfelsen erstickt. Gleiwitz, 7. August. Aus Königs- hütte wird berichtet: Auf der Falschhütte erstickte der Arbeiter

Jugendveranstaltungen.

Besitz Säben. Morgen Diskussionsabend im Jugendheim, Linden- straße 3. Vortrag des Genossen Beck: „Im Salzbergwerk“.

Briefkasten der Redaktion.

H. W. 57. Auf solches Weibergemisch sollte man nicht geben. 1. Das Armutsgeld...

Wasserhandnachten der Landeshauptstadt für Gewässerfunde.

Table with columns for 'Wasserhandnachten' and 'Wasserfunde' with numerical data.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Freitag mittag. Bistlich heiter, aber noch sehr veränderlich...

Verkäufe

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weißlich, Brunnen- straße 96.

Kleider- und Herren-Moden

Stundstuhls, Ruffen, Mar- der, Kera, Maske, Blau- und Kreuzstiche, Herren- und Damen-Moden...

Möbel-Verkauf

Möbel-Verkauf. Große Frank- furter Straße 141, zweites Ge- schäft: Junaßensstraße 5, Ecke

Schloßkammer

Schloßkammer! Elegante! Dankschreiben, hirschen, bieren, eichen, weißlackiert.

Fahrräder

Friedenspreis Friedensmare. Hunderte gebrauchter Fahr- räder aller Gattungen...

Kaufgesuche

Lebige, Portieren, Gardi- nen, Stores, Tisch-, Bett- und

Arbeitsmarkt

Stellenangebote. Wächter für Automaten, Schrauben- und Metallarbeiten...

Geschäftsverkäufe

Restaurants zu verkaufen. In ertragen: Östlich, Müller- straße 34a. +183*

Möbel

Möbelgeschäft. 88 Jahre be- stehend, verkauft jetzt Behäl- tnisstraße 14a noch zu billi- gen Preisen...

Musikinstrumente

Friedenspiano, hohlegant, schwebend, gebranntes, 1150,-. Aufbaumusik 1350,-

Werkzeuge

Werkzeuge, gebrauchte (über 35 Millimeter), fast jeden

Englische Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische

Verschiedenes

Schmelzerin, außerdem Haus-, noch einige Tage frei. Köche, Schönbauer Allee 105, bei

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt. Wächter für Automaten, Schrauben- und Metallarbeiten...

Tüchtige Autogenschweißer. verlangen sofort. Ehrlich & Graetz, Berlin SO, Eisenstr. 90/94.

Tüchtige Werkzeugschmiede. verlangen sofort. Ehrlich & Graetz, Berlin SO, Eisenstr. 90/94.

Motoren-Schlosser, Widler, Dreher sowie Hilfsarbeiter. Lloyd Dynamowerke A.-G., Bremen, Betriebs- leitung.

Zwei tüchtige Papierstecher. an Schneidemaschine werden sofort eingestellt. Zigarettenfabrik Manoll, Kurt-Str., Altonaer Str. 22/24.

Reifen-Monteurs. welche sich Pneumatik montieren können, sofort gesucht. BALLINIT Reifen-Fabrik G. m. b. H., Berlin SW 61, Waterloo-Ufer 19.

Tüchtige Werkzeugmacher. für Schnitte und Stangen werden sofort eingestellt. Riebe, Kugellager- und Werkzeugfabrik, Berlin-Weißensee, Riebeckstraße, Abt. Werkzeugbau.

Kutscher. für Kutschdienst per sofort gesucht. Kutscher-Kohlenhandels- gesellschaft m. b. H., Berlin-Schöneberg, Schönebergdamm 65/66.

Lederfärber. verlangt Zworff, Lindenstr. 38.

Kranführer. für selbstfahrenden Kran sofort verlangt. Runge-Werke A.-G., Spandau-West, Lasarus- straße 19.

Vorarbeiter. mit langjährigen Erfahrungen für Motoren-Bremstationen. Benz & Cie., Salz-Ufer 2/3.

Galvaniseur. Galvaniseurin. verlangen Junge u. Mädchen. Wasserwerkstraße 42.

Kürschnergehilfen. finden in meinen Werkstätten dauernde Beschäftigung. M. Gerstel, Breslau I, Dörfelstr. 137/2.

Schlosser, Dreher, Maschinenarbeiter. heißt sofort ein Paul Marcus, Berlin-Schöneberg, Romanen- tenstraße 35.

Austrägerinnen für den „Vorwärts“

werden eingestellt in folgenden Filialen. Berlin: Markusstr. 36, Lauenf. Pl. 14/15. Petersburger Platz 4, Lindenstr. 3. Wilhelmshagen Str. 43. Großhäger Str. 22. Watterstr. 9. Schöneberg: Meiningen Straße 9. Charlottenburg: Sosenheimer Str. 1. f. Revier-Osnabrücker Str. u. Rosinenstr. Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 50. Friedrichshagen: Werkmann, Cöpenicker Str. 18. Meldezeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.

Former, Gießereiarbeiter, Ofenleute. sucht 14602*. Stahlwerk Bothe, Berlin-Weißensee, am Industriebahnhof.

Arbeiter. sucht Eisenfabrik 1532. Otto Reichel, Eichenbahnstr. 4.

Erfahrener Zusammensteller. auf Wirtschaftswagen findet dauernde lohnende Beschäftigung. Georg Grauert A.-G., Strauß. 28785*

Tüchtige und kräftige Arbeiter. werden gesucht. Deutsche Kabelwerke G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg, O 112, Illi-Bohagen 15/17.

30 tüchtige Arbeiterinnen. auf Zimbleher, dauernde Arbeit, verlangt Friedler, Metallwaren- fabrik, Aussehnanstr. 66. 14592*

Vizemeister für unsere Lastwagen-Reparatur-Abteilung gesucht. Benz & Cie. A.-G., Charlottenburg, Salzufer 2/3.

Tüchtige Feinmechaniker. für kinematographische Apparate, Feinbearbeitung, der sofort gesucht. Meyer, Maschinen- und Apparatebau, Dargatzstraße 93.

Werkzeugmacher für Schneid- werkzeuge sofort gesucht. „Leha“, Fabrik elektrischer Heizapparate, 15526* Reutlingen, Eichenstraße 45.

Flächenbauer Bootsbauer. werden sofort eingestellt. Norddeutsche Flugzeugwerke G. m. b. H., Flugplatz Teitow-Berlin.

Gelernte Dreher. verlangt Maschinenfabrik Wilhelm Wurl, 207115 Berlin-Weißensee, Riebeckstraße, Ost-Rembrandtstraße.

1 geübte Stenotypistin, 1 Versicherungsmein- entwerfer, mehrere Schreibhilfen u. 1 Lehrling. Versicherungs-Gesellschaft Thüringia, Subdirektion I Berlin, Roßstraße 59, II Untf.

Maurer, Bauarbeiter, Arbeiterinnen. werden eingestellt. Neubau Waffenfabriken Wittenau, Station Ostbornstraße, Bauwesen Postamt u. Anauer, Eing. III.

Tücht. Garniererin für Damenputz. sofort verlangt. Vorstellung 9-1 Uhr vormittags oder 5-7 Uhr abends. A. Jandorf & Co., Kottbuser Damm 1, 2879b Personal-Verwaltung IV. Etage.

Werkstattsschreiberinnen. bei dauernder Beschäftigung per sofort gesucht. Ballonhüllen-Gesellschaft m. b. H., Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/54.

Bogenfängerinnen und Anlegerinnen für Steindruck suchen. Heymann & Schmidt Aktiengesellschaft, Schönhauser Allee 164.

Das „notleidende“ Bayern.

Gegen Verallgemeinerungen und Ubertreibungen.
Von Josef Aman.

„Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen.“ Heute erzählt er allerdings wenig von den landschaftlichen Reizen einer bereisten Gegend, desto mehr aber von den leiblichen Bedürfnissen, die ihm geboten wurden. Ohne Verallgemeinerungen und Ubertreibungen pflegt dabei aber in der Regel nicht abzugeben. Wer dann solche Schilderungen hört oder liest, dem pflegt das Wasser im Munde zusammenzulaufen. Er beneidet die Bewohner dieser gelegenen Gegend und bedenkt nicht, daß auch dort nicht alles Gold ist, was glänzt.

Wer von der „Notlage“ eines Landes schreiben will, der darf die Verhältnisse nicht aus der Verfassung und den Preisen der Gastwirtschaften in ländlichen Gegenden beurteilen. Auch die Preise in den Gastwirtschaften der bayerischen Großstädte geben kein zutreffendes Bild der Ernährung in den Einzelhäusern der Familien. In einem großen Teil sind die Gastwirtschaften in den bayerischen Groß- und Mittelstädten nur deswegen so gut mit Lebensmitteln versorgt, weil die minderbemittelte Bevölkerung die vorhandenen Lebensmittel nicht kaufen kann. Trotz der dem Fremden billig erscheinenden Preise sind sie für einen sehr großen Teil der einheimischen Bevölkerung noch zu teuer. Die Nahrungsmittel sind wohl da, aber sie kommen der großen Masse der Bevölkerung nicht zu gute, sondern sie wandern zu einem erheblichen Teil in die Gastwirtschaften.

Die Schilderung, die Gerhard Lehn in der Nr. 214 des „Vorwärts“ vom 6. August 1918 gibt, muß zudem schon geraume Zeit zurückliegen. Der heute durch Bayern wandert, wird bestätigen, daß sie nicht mehr zutrifft. Für 1,50 M. gibt es nur in den allerbesten Fällen, vielleicht noch bei Privatpersonen, Nachtquartier. In Gastwirtschaften kostet es in der Regel 2 M. und mehr. Weißbrot ist überhaupt nicht zu sehen. Es ist wohl hier und da Kuchen zu haben, der aber auch nicht mehr aus reinem Weizenmehl gebaden ist. Wer Eier essen will, muß sie sich bei den Bauern mühsam zusammenkaufen, in den Gastwirtschaften bekommt er nur äußerst selten welche. In der Regel kostet das Stück 30 Pf. Schinken ist auch hier und da zu haben, aber nicht für 1,80 M., sondern für 3 M. und darüber. Milch gibt es in den Gastwirtschaften nur zum Kaffee. Allerdings wird dabei der Kaffee nach Wunsch gewechselt.

Die Bewohner der mittleren und größeren Städte Bayerns bekommen von den Herrlichkeiten, die es in Bayern geben soll, nur dann etwas zu kosten, wenn sie auf das Land komstern gehen können. Das können aber auch nur die Verrücktesten. Die Industrie ist auch heute in Bayern noch nicht so entwickelt, daß sie der Bevölkerung ausreichende und lohnende Beschäftigung bieten kann. Die große Masse der Bevölkerung lebt von der Hand in den Mund; die Möglichkeit, Beschäftigung zu finden, ist beispielsweise für Kriegsfrauen nur äußerst gering. Die Tatsache, daß für wenig Geld von der minderbemittelten Bevölkerung Fleischwaren zu kaufen sind, beweist, daß diese nicht einmal die rationierten Fleischmengen kaufen kann.

Durch die Schilderung der angeblich niedrigen Preise, zu denen man in Bayern leben kann, wird nur erreicht, daß die Gastwirtschaften die Preise immer höher schrauben und dadurch wird auch der einheimischen Bevölkerung die Lebenshaltung immer mehr verteuert. Daraus entsteht dann die Verbitterung, die sich gegen die Fremden wendet. Sie wird noch vergrößert durch die Tatsache, daß Kriegsgewinnler, denen es auf den Preis nicht ankommt, zu jedem Preis Lebensmittel zusammenkaufen. In dieser Beziehung unterscheiden sich eben auch Bayern in nichts von Norddeutschland. Wer das nötige Geld hat, kann hier wie dort auch heute noch einen guten Tag leben. Er braucht vielleicht in Bayern dafür etwas weniger auszugeben, die Schädigung der minderbemittelten Bevölkerung durch derartige Personen ist aber überall gleich groß. Auch der bayerische Arbeiter und Angestellte in den Mittel- und Großstädten muß, wenn er sich neben den rationierten Lebensmitteln noch etwas beschaffen will, zum „Hausieren“ hinaus auf Land wachern und dort für die bayerischen Verhältnisse ungeheuer hohe Preise bezahlen. Ich habe in Bayern ebenso wie in Norddeutschland lange Reihen von Wartenden vor den Verkaufsstellen für Fleischwaren stehen sehen, und mit anderen Lebensmitteln sieht's vielfach nicht anders aus. Milch ist selbst für sehr viele Städte ein erstrebenswertes Nahrungsmittel. Sie können sie nur dann bekommen, wenn sie mit ihren Milchkanen auf Land

wandern und stundenlang vor den Bauernhäusern warten. In sehr vielen Fällen müssen sie mit leeren Milchkanen wieder nach Hause gehen. Die Lebensmittelkontrolle ist auch innerhalb des Landes zwischen den Städten und den Landorten eine äußerst scharfe. Wer mit gehamsterten Lebensmitteln erwischt wird, dem werden sie ebenso rücksichtslos abgenommen, wie in Norddeutschland.

Das „notleidende“ Bayern darf eben nicht mit den Augen des Großhändlers angesehen werden, der mit gefülltem Geldbeutel durch die ländlichen Gegenden Bayerns wandert. Für die Bewohner der Städte, die nicht Selbstversorger sind, besteht tatsächlich eine schwere Notlage. Durch Schilderungen wie die in der Nr. 214 des „Vorwärts“ wird die Verbitterung unter diesen Kreisen nur noch mehr genährt. Sie können nicht dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Nord- und Süddeutschland zu bessern.

Wenn aus der Protest des bayerischen Ministers des Innern gegen die angebliche Verborzung Berlins in der Fleischversorgung durchaus unangebracht ist, so darf auf der anderen Seite eben auch nicht vergessen werden, daß für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten in Bayern die Lebensmittelverhältnisse nicht weniger als glänzend sind. Die Ernährungsart der bayerischen Bevölkerung ist in den unteren Bevölkerungsschichten eine ganz andere wie die der Norddeutschen. An Material zur Herstellung der üblichen Kartoffel- und Weizenbrot fehlt es eben an allen Ecken und Enden. Fett ist knapp, Mehl zu den Höchstpreisen ist nicht genügend da.

Mit Verallgemeinerungen und Ubertreibungen ist da nicht weiterzukommen. Es muß ruhig anerkannt werden, daß die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung in Bayern genau so rot leidet wie die in Norddeutschland. Es ist nicht nötig, die Bayern, die über ungenügende Verpflegung kagen und schimpfen, zur Strafe auf acht Tage nach Berlin oder Hamburg zu verlegen; ein großer Teil von ihnen spürt am eigenen Körper, was Rot leiden heißt.

Nachricht der Redaktion. Der Artikel von G. Lehn hat uns zahlreiche Zuschriften eingebracht, von denen wir eine abdrucken. Wir möchten, so bedeutenswert die Ausführungen Amans sind, aber dazu bemerken, daß G. Lehn wesentlich nur die Wirtschaftspreise heranzieht und sich mit der Ernährung der Arbeiter nicht weiter beschäftigt. Seine Angaben über die Wirtschaftszustände sind zu treffend und zeigen, daß diese Verhältnisse in Bayern unendlich besser sind als bei uns.

In einer anderen Zuschrift wird hervorgehoben, daß in Bayern die Erziehung und Verteilung der Lebensmittel eine weitaus ergiebigere ist als in Preußen und so das Aufkommen der Bücherpreise verhindert wird. Das mag zutreffen. Aber daß deshalb das Kleinliche, Schlämose, ja ungeschickliche Verbot der Ausfuhr und die Konfiskation von Büchern erforderlich ist, will und nicht einleuchten. Man verbiete auf strenge den Kauf von Lebensmittel zu Bucherpreisen, aber belasse nicht den Verwandten und Freunden, der ins hungernde Preußen von seinem Ueberfluß zu Marktpreisen abgibt. Die bayerische Regierung hat durch dieses Statute, bei dem der wuchernde Zwischenhandel immer noch weiter blüht, sich überall verhasst gemacht, auch bei den im „Auslande“ lebenden Bayern. Ueberdies bringt sie durch eine lächerlich bürokratische Handhabung der Ausfuhrbewilligung Bayern direkt zum Verberd.

Daß überhaupt ein deutscher Bundesstaat gegen den andern seine Ausfuhr verbietet, ist ein Mißfall in Zeiten, wie sie vor dem Soldaten bestanden, und ein Hohn auf die deutsche Einheit.

Können Verbrechergeschichten nützlich sein?

Der Kampf gegen die Schundliteratur hat die Gegenwart vor dem Kriege ungenügend ernst und lebhaft beschäftigt, und als dann das blutige Ringen allen Kulturbestand in den Grundfesten erschütterte, zeigte sich schnell, daß gegen Schundliteratur mehr noch als bisher Maß und Abwehr notwendig ist. Dieser Kampf, befohlen von Vernunft und Menschlichkeit, will das Volk der Leser behüten, an seiner Seele Schäden zu nehmen. Aber um ihn führen zu können, muß man klar sein über die Frage, wo das Gebiet der Schundliteratur anfängt und wo es aufhört. Wir stehen heute nicht mehr auf dem Standpunkt, das entscheidende Merkmal könnte in der Art des Stoffes liegen, den eine Erzählung behandelt. Wir geben das Leben in allen Weiten, Höhen und Tiefen dem Erzähler für seine Arbeit frei und lassen also auch die Geschichte von Verbrechern und Verbrechern ohne Bedenken gelten. Wir brauchen den ungenügenden Blick in die Welt und können also die unbeschränkte Freiheit des Erzählers nicht entbehren.

Die heute herrschende Gesellschaftsordnung hat dem Verbrechertum eine organische Entfaltung gewährt. Ueber Ursachen und Wirkungen dieser mächtigen sozialen Erscheinung gibt die wissen-

schafliche Forschung uns bis in die seelische Verfassung des Verbrechers hinein Auskunft, und der Erzähler ist berufen, diese Forschung mit seinen besonderen Mitteln zu ergänzen. Wir wollen von ihm an einzelnen Fällen erfahren, wie das Leben sich in der Seele des verbrecherisch handelnden Menschen abspielt. Durchaus und einzig um dieses eigentümlichen Lebens willen, lassen wir die Verbrechergeschichte als ein nützlich Werk zu.

Hier liegt das Merkmal der Grenze von Gut und Böse auf diesem Gebiet der erzählenden Kunst. Wenn sie anderes geben will als eine menschliche Erklärung verbrecherischer Pläne und Taten, so sinkt sie ins Dunkle und Schädliche ab. Wir haben also jene Verbrechergeschichten abzulehnen, die das Interesse des Lesers, der den Verbrecher mitleidet, in eine Lust an seinem Tun umwandelt. Wo diese Lust erregt wird, ist Schundliteratur, die selber als ein Verbrechen gebrandmarkt werden muß. Deshalb gehört in diese Rubrik des literarisch Wertlosen und des gesellschaftlich Gefährlichen die romantische Räubergeschichte, die vor hundert Jahren ein großes Geschäft machte, indem sie die Mitleid bei der Schwäche ihrer Empfindsamkeit zu nehmen wußte. Und deshalb gehört auch die heute grassierende Geschichte von Verbrechern, Verbrechern und Verbrechergängen dazu, die mit teuflischer Gewissenlosigkeit die Schwäche der Lust am wild aufgeregten Nervenreiz ausbeutet.

In beiden Fällen sind die gesellschaftlichen Zustände die eigentliche Ursache der geschäftlich ausgenutzten Schwäche und wir werden das Uebel nicht überwinden, solange gesellschaftliche Zustände die Empfänglichkeit für seine Gifte in der menschlichen Natur entwickeln. Aber wo die Gegenwehr gegen jene Zustände der Gesellschaft Boden hat, wächst auch die Möglichkeit, von diesen Giften wegzuführen. Hier ist ein Bild, wo sich mit der Aussicht auf ein Ernten der Unterirdie der guten und der schlechten Verbrechergeschichte zur Empfindung bringen läßt und deshalb sagen wir der Vorwärts-Bibliothek einige Bände Verbrechergeschichten ein, die jeder scharfen Kritik standhalten können.

An solchen Geschichten fehlt es der ernstlichen Dichtung durchaus nicht. Der Verbrecher kann ein Mensch voll schwerster Schicksalrings sein. Aus diesen Gründen kann er das sein. Im großen und im kleinen. Das eben reizte die stärksten Dichter, sich zu wähen, in die Welt seines Innern einzudringen und sein Tun zu begreifen. Sie verherlichen nicht das Tun und sie verherlichen nicht den Täter, so stark ihre Wahrheitskraft beides auch darstellt. Aller Aufwand dieser Darstellung dient immer nur dem einen, die Natur der Gewalt zu entwirren und zu verfinnlichen, die das Innere des Menschen, der zum Verbrecher wird, auszuwählen und lenken.

Das Gewebe, das die so gerichtete Kunst des Dichters fertigt, bestimmt aber auch die Wirkungen, die der Leser erlebt. Er kann sich dem Druck ihrer Fäden nicht entziehen, und deshalb kann von diesen Verbrechergeschichten niemals für den Leser oder die Gesellschaft eine Gefahr ausgehen, die zu erzeugen der auf Schwächen beulenden und Schwächen steigenden Sorte Verbrechergeschichten sicher gelingt. Der Leser lernt vielmehr mit ruhigem Blick, wenn auch klopfenden Herzens, in graue Abgründe des Lebens zu schauen, und das zerstört nicht, das ist Kraft.

Mit den vorstehenden Ausführungen leitet Dr. Franz Dieberich die „Verbrechergeschichten“ ein, die er in der Vorwärts-Bibliothek herausgibt. Der vorliegende erste Band enthält „Michael Rothhaas“ von Kleist, „Die Judenbuche“ von Droste-Hülshoff und „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“ von Schiller nebst kurzen Einführungen in das Wesen dieser Erzählungen. — Das Buch kann für 2 M. und 20 Pf. Porto vom Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, oder durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Notizen.

— Im Potsdamer Naturtheater wird Mittwochabend, 8 Uhr, zum letzten Male die „Versunkene Glocke“ gegeben; „Glaube und Heimat“ wird noch bis Sonnabend, 5 Uhr, gespielt. Sonnabend, 7 1/2 Uhr, zum erstenmal „Alt-Deibelberg“.

— Bühnenchronik. Nach nordischen Blättermeldungen hat sich der auch bei uns geschätzte schwedische Sänger John Forsell endgültig entschlossen, im Herbst von der Opernbühne Abschied zu nehmen.

— Immer feste druff! Das „Ziel“-Jahrbuch (Tätiger Geist) ist beim Neuen Geist-Verlag in Leipzig konfiguriert worden. Gründe unbekannt. — In München mußte im Interesse des Bürgerfriedens die Aufführung des satirischen Schwanks „Der heilige Florian“ verschoben werden.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von S. St. Raymond.

Sie traten in das beleuchtete Vorzimmer des Mendelsohn'schen Palais.

„Herr Endelmann da?“ fragte Rosa den Lakai und warf ihm Hut und Umhang zu.

„Im Jagdzimmer, läßt bitten, daß die gnädigen Herrschaften rüberkommen.“

„Gehen wir also ins Jagdzimmer, da ist es auch wärmer wie in meinem Voudoir, auch wärmer wie hier.“ sagte sie und führte ihre Gäste durch eine Reihe von Zimmern. Der Lakai leuchtete ihnen, mit einem sehr harmigen Ladelader voranschreitend.

Es war das Zimmer des jungen Stanislaw Mendelsohn und wurde Jagdzimmer genannt, weil ein großer Teppich aus Tigerfellen den Boden bedeckte, die Türen mit Tigerfellen behängt waren, die Wände aus Büffelhörnern geschnitten und mit langhaarigen, hellbraunen Fellen belegt. An der Wand hing eine Waffensammlung, um den riesigen Kopf eines Elentiers mit mächtigem, schaufelartigem Geweih gruppiert.

„Eine ganze Stunde warte ich schon.“ sagte Bernhard, ohne sich zur Begrüßung der Eintretenden zu erheben; er sah unter dem Elentier und trank Tee.

„Warum hast du uns nicht vom Theater abgeholt?“

„Weil ich in solchen Blödsinn nie reingehe, du weißt es doch. Das ist gut genug für euch!“ Er machte ein verächtliches Gesicht.

„Poser!“ küsterte Rosa wegwerfend.

Sie versammelten sich um den kleinen Tisch, aber keiner hatte Lust zu sprechen.

Der Lakai bot den Tee an.

Eine schwere und langweilige Stille herrschte im Raum, bloß die Zündhölzer krachten, mit denen Bernhard fortwährend seine Zigarette ansteckte, und ein dumpfer Schall von gegen-einanderprallenden Billardkugeln drang herein.

„Wer spielt denn?“

„Stanislaw mit Kessler.“

„Hast du sie gesehen?“

„Sie wurden mir rasch langweilig, und noch rascher habe

ich verloren. Vielleicht fangt ihr doch endlich mal zu sprechen an!“

Niemand fing an.

Mela quälte traurige Gedanken, sie blühte blüster auf Rosa und wachte sich fortwährend die feuchten Augen ab.

„Du bist heute häßlich, Mela! Weinerliche Frauen sind nassen Regenschirmen ähnlich, ob man sie zumacht, oder aufmacht — tröpfeln tun sie immer. Ich hasse Weibertränen, entweder sind sie falsch oder dumm. Sie käufchen einen oder stehen beim geringsten Anlaß.“

„Daß es, Bernhard, heute machen sogar deine Vergleiche keinen Eindruck.“

„Laß ihn nur reden, das ist seine Spezialität.“

„Na, du siehst ja auch nicht besonders gut aus, Rosa. Eine Miene machst du, als ob dich jemand im Vorzimmer fest umarmt und abgelehnt hätte, und als ob dieser süße Akt in besten Moment plötzlich unterbrochen worden wäre...“

„Besonders gestreich bist du heut nicht.“

„Will ich auch gar nicht sein.“

„Wozu redest du dann dummes Zeug!“

„Deshalb red' ich, weil ihr alle einschlaft, weil du, Wysocki, wie eine Kalbherge aussiehst, die auf einem Schabbes-tisch qualmt und Traurigkeit auf berückende Sulamintinnen herabträufelt.“

„Ich fühle mich halt nicht so wohl auf der Welt wie du.“

„Dast recht, ich fühle mich sehr wohl.“ Er lachte nervös auf und steckte sich gleichzeitig die Zigarette an.

„Wieder eine Pose!“ rief Rosa, weil er sie ärgerte.

Bernhard sprang auf, wie von einem Weitschenhieb getroffen.

„Rosa, entweder du läßt mich reden, was ich will, oder du siehst mich nie mehr bei dir.“

„Du regst dich auf, und ich wollte dich doch gar nicht beleidigen.“

„Deine Definitionen regen mich auf. Du nennst mich Poser und kennst mich doch gar nicht. Was kannst du von mir wissen, von meinem Leben; was können überhaupt junge Mädchen wissen, die über den Wannkreis ihrer Kleiderforgen und die Langeweile der Jungfrauen noch nicht hinaus sind — was können sie vom Mann wissen! Nichts, absolut nichts, außer wie er sich kleidet, was er für Haar und Augen hat, in wen er verliebt ist, ob er gut tanzt und so weiter; du kennst höchstens meine Garderobe und willst mich als ganzen Menschen definieren. Du rufft mir zu: Poser! Warum? Weil ich manchmal ein Paradox über die Scholtheit des

Lebens, der Arbeit und des Geldes himperfe. Wenn es Wysocki sagte, wüßtest du ihm glauben, weil er nichts hat und hart arbeiten muß; wenn ich auf das alles spucke, dann postere ich, meinst du; denn wie könnte auch ein junges Mädchen begreifen, daß ich es ernst meine, ich, ein reicher Mensch, Aktionär der Fabrik Kessler und Endelmann! Grad so sprichst du von Müller: Narr! Weil du bloß siehst, wie er bei dir Burzelbäume schlägt, Wihe und Viebesabenteuer erzählt und lustig ist; aber in diesem närrischen Müller steckt noch ein anderer Müller, ein Mensch, der denkt, lernt, beobachtet, kombiniert; — freilich kommen weder er noch ich zu dir mit unseren Erkenntnissen, mit unserem inneren Ich, wir erzählen dir nicht, was uns quält, was an uns nagt und was uns entzückt, weil du das nicht brauchst; du langweilst dich und verlangst, daß wir dich unterhalten, wir werden denn also auch wirklich zu Narren für euch, weil es uns beliebt, eine Zeitlang Narren zu spielen und auf alle möglichen Arten Burzelbäume vor den gelangweilten Lodzer Gänsen zu schlagen! Ihr beguckt uns wie eine Ware im Kontor und schämt uns danach ein, ob wir euch zu Gefächte stehen oder nicht. Uebrigens, mit Frauen vernünftig zu reden ist ebenso zwecklos, wie wenn man Wasser in ein Sieb schöpft.“

„Wir sind vielleicht dumm, aber du bist fürchterlich eingebildet.“

„Und wenn wir das nicht bemerken, was ihr uns vorwerft, dann ist das deine Schuld, dann ist es eure Schuld, weil ihr uns wie Kinder behandelt.“ begann Mela.

„Wenn ihr auf mich böse seid, dann gehe ich, gut Nacht!“ Er ging zur Tür.

„Bleib doch da, Bernhard, ich bitte dich!“ rief Rosa, sich ihm in den Weg stellend.

Er blieb, ging aber in ein anderes Zimmer und setzte sich ans Klavier.

Erregt durch seine Worte, ging Rosa im Zimmer auf und ab, Wysocki schwieg. Wie ein Summen klangen ihm Bernhards Worte in den Ohren, er blühte auf Mela, die den Kopf auf den Tisch gelehnt dumpf vor sich hinschaute.

„Seh' dich zu mir.“ sagte sie leise, seinen warmen Blick fühlend.

„Was hast du?“ fragte er, über sie gebeugt.

So ein weicher Klang lag in der gedämpften Stimme, daß eine eigentümlich süße Freude in ihrer Seele entbrannte und ihr Gesicht und Hände mit dunkler Blut übergoß.

(Fortf. folgt.)

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

1 Beilagschale Porzellan 95 Pf.

1 Kaffeebecher
Porzellan, mit hübschen Kinderbildern **95 Pf.**

1 Dofflasche verschied. Formen u. Muster **95 Pf.**
1 Essigflasche **95 Pf.**

1 Blumenvase Porzellan, mit schöner Rosenverzierung **95 Pf.**

1 Backform **95 Pf.**

Steingut

1 Kaffeeasse mit Unter-asse u. Band **95 Pf.**
2 Abendbroteller **95 Pf.**
3 Speisenäpfe **95 Pf.**
2 Brotplatten weiss od. bunt **95 Pf.**
3 Kinderteller tief..... **95 Pf.**
2 Obertassen grosse Form, weiss od. bunt **95 Pf.**
2 Kaffeeassen mit Unter-assen, weiss **95 Pf.**
3 Obertassen Porzellan, versch. Formen **95 Pf.**

Papierwaren

100 Bg. Brotpapier weiss **95 Pf.**
2 Roll. Salicyl-Pergament-Papier für Einmachzwecke..... **95 Pf.**
1 Tuschkasten mit guten Farben **95 Pf.**
1 Tischläufer aus Krepppapier elegant bedruckt, 2 Meter lang **95 Pf.**
10 Bleistifte mit Schoner... **95 Pf.**
25 Kartenbriefe m. Einlage **95 Pf.**
50 weisse Mundtücher... **95 Pf.**
1 Brieftasche mit Notizbuch **95 Pf.**
10 Mr. Schrankpapier weiss o. blau **95 Pf.**
100 Postkarten mit o. ohne Feldpost... **95 Pf.**
2 Rollen Toilettepapier... **95 Pf.**

Pressglas

3 Wasserbecher..... **95 Pf.**
4 Likörbecher verschiedene Formen.... **95 Pf.**
1 Marmeladendose..... **95 Pf.**
1 Kuchenteller verschiedene Muster.... **95 Pf.**

Parfümerien

1 Zahnbürste..... **95 Pf.**
3 Rasier-Klingen..... **95 Pf.**
1 Handwaschbürste..... **95 Pf.**
1 Scheuerbürste..... **95 Pf.**
9 Pakete Blitz-Blank..... **95 Pf.**

1 Topflappenbehälter Emaille..... **95 Pf.**

1 Senftopf..... **95 Pf.**
1 Salzgefäß..... **95 Pf.**

1 Königskuchenform... **95 Pf.**

1 Kaffee-tasse Porzellan, m. Unter-asse, versch. Must. **95 Pf.**

1 Milch-topf Porzellan, mit Goldrand **95 Pf.**

Bijouterie

1 Kinderhandtasche..... **95 Pf.**
1 Geldtasche..... **95 Pf.**
1 Taschhof, Lebensmittelkarten **95 Pf.**

Wirtschafts-Artikel

1 Wäschetrockner..... **95 Pf.**
1 Lampenkonsol..... **95 Pf.**
10 Ausstechformen..... **95 Pf.**
1 Esslöffel **95 Pf.**, **1 Essgabel** **95 Pf.**

1 Glanzbürste..... **95 Pf.**
1 Gebäckkasten verschied. Muster... **95 Pf.**
3 Gewürzdosen..... **95 Pf.**
1 Schock Klammern..... **95 Pf.**

Deutsches Theater. Allabendlich 8 Uhr: Max Pallenberg in **Der fische Rudi.** Kammerstücke. Allabendlich 7 1/2 Uhr: **Die Tänzerin.** Volksbühne, Th. a. Blowlpl. Allabendlich 7 1/2 Uhr: **Sommertraum.**

Theater des Westens Allabendlich 7 1/2 Uhr: **Inkognito.** Operette von Rudolf Nelson.

Theater Königgrätzerstr. Dir. C. Melnhard - R. Bornauer. 8 Uhr: **Die drei Frankfurter.** **Komödienhaus** 8 Uhr: **Die Zarin.**

Berliner Theater 7 1/2 Uhr: **Biltsblaues Blut.** **National-Theater** 3 1/2, 8: **Mäuschen.**

Theater der Friedrichstadt. Eke Friedrich- u. Linienstr. 7 1/2, Norden 8650. 7 1/2, **Dergoldene Spiegel** v. Möllendorff, Alice Tornig, Rich. Georg. Sonnt. 3 1/2, kl. Pr.: **Jugend.**

WINTERGARTEN

Alice Hechy
Rolf Brunner
Gesangs- und Tanz-Duett sowie der **glänzende Varieté-Eröffnungs-Spielplan!**

Trianon-Theater Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301 8 U. Zum 342. Male: **Der Lebensschüler.** Komödie von Ludwig Fulda. Sonnt. nachm. 1/4 U. kl. Pr.: **Schneewittchen.** Sonntag 4 Uhr: **Johannisfeuer.**

Apollo-
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2, **Todesrennen in der Luft** sow. weitere Sensat. Vorverkauf an der Theatork. 10-6 Uhr. Sonnt. 3 1/2 Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Rose-Theater. 7 1/2, u.: **Die Prinzessin vom Nil.** Gastgeb.: Bitte recht freundlich!

Theater für Donnerstag, 8. August.

Central-Theater 7 1/2, Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Deutsches Opernhaus 7 1/2, Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater 7 1/2, Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater 8 Uhr: **Aristid und seine Fehler** mit Wassermann.

Komische Oper 7 1/2, u.: **Schwarzwaldmädel.**

Metropol-Theater 7 1/2, Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Berliner Prater-Theater
Rosentempelallee 7-9.
Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung:
Im Wollentagmeter.
Große Vollen-Revue in 5 Bildern Dazu die großart. Spezialitäten

Der „HIAS“
Täglich 7 1/2, Uhr abends
Walhalla-
Theater, Weinbergsweg

Der moderne Metallarbeiter.
Kategorie für Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer. 4. Aufl. 340 Seiten, geb., mit 135 Abbild. Von Otto Schwann. Dieses Werk legt jed. Metallarbeiter in den Stand, schnell u. sicher die vorkommenden Berechnungen der Böden an Drehbänken u. Gewindeschneidern vornehmen zu können. Es enthält ferner Festigkeitslehre, Stahl u. seine Verwendung, Berechnung der Lorenzabtl., um falsch zu drehen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Reibungslänge, Verzahnung, Röhren, Mantel, Stabfahrlänge u. Gewichtsberechnung, Schrauben u. Gewindeabellen, Rechen von Zahnrädern, Sturven u. Spiralen, Bestimm. der Verdichtungen u. vieles and. Wissenswerte. Das Werk ist in einfacher, klarer Weise von einem Kollegen geschrieben u. daher bestens zu empfehlen. Preis 5.50 M. oder Nachn. 5.90 M. **Edm. Herrmann**, Abt. 2, Berlin, Friedrichstr. 51. Gehaltszeit 8-6. (Postzeit 708.)

Lustspielhaus 7 1/2, Uhr: **Die spanische Fliege**

Neues Operettenhaus 7 1/2, Uhr: **Das süße Mädel.**

Residenz-Theater 7 1/2, Uhr: **Flimmer-Klärchen.**

Schiller-Th. Charl. 7 1/2, Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater 7 1/2, Uhr: **Unter der hüllenden Linde**

Theater am Nollendorfplatz 7 1/2, Uhr:
Schöne Operetten

SARRASANI
Zirkus-Busch-Gebäude.
Tägl. 7 1/2, Mittw., Sonnt. u. Sonntag 3 u. 7 1/2, Uhr:
Das gewaltige Massen-Manegeschaustück „Torpedo — los!“
9 fesselnde Bilder. Die gr. artistisch. Nummern. Turnsoill. Bambuskünstl. Reitersauf. Massenschöre. Der Radfahrer a. d. Seil in schwindelnder Höhe unter der Zirkuskuppel. Vorverkauf Zirkuskasse u. Wartheim.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah. Deutsche Tänze. Köhler Aufenthalt. 7 1/2, Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2, Uhr:
Stettiner Sänger
100 Postkarten 3, 4, 6 M.
Blumen-, Kopf-, Landschaft-, Kunst-, Liebeskarten usw. 5 M., Prachtsortiment 7,50 M. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Bekanntmachung.
Auslands-Marmelade.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeinbezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt Nr. 55 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 225 Gramm, auf Abschnitt 56 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Auslands-Marmelade.
Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 2 M. für das Pfund. Es lösen hiernach 225 Gramm 0.90 M. und 250 Gramm 1 M. Eine Ueberschreitung des Höchstpreises ist strafbar.
2. Die Abschnitte 55 und 56 sind nur in den durch ein Ausschussmitglied
„Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“
gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbcheinigung abzuliefern, und zwar am 8., 9. und 10. August. Nachträgliche Nachfrage findet nicht statt. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Ausschussmitglied angetraut ist. Geschäften, die nicht im Besitz des Ausschussmitglieds sind, ist die Annahme von Kartenabschnitten verboten.
3. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekannt gegebenen Großhändler bis zum 12. August ev. einschließl. abzuliefern. Jeder Kleinhändler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, mit dem Verkauf beginnen und diesen durch Anschlag anzeigen.

Da die Marmeladefabriken häufig nicht in der Lage sind, die volle Menge auf einmal zu liefern, ist es möglich, daß in einzelnen Kleinhandelsgeschäften sich der Verkauf der Marmelade hinauszögert. Auch bei einer solchen Verzögerung der Lieferung ist jedoch eine Nichtlieferung keinesfalls zu befürchten.

Berlin, den 7. August 1918.
Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.
Runge.

Dr. Ed. David Mar:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genoffe Edward David in einer vor dem holländisch-nordnordischen Friedenskomitee in Stockholm gehaltenen Rede beantwortet und vertritt in geradezu meisterhafter Weise den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie. Jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse muß diese Broschüre gelesen haben!

Preis 1,- Mark.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3 (Laden), sowie sämtliche Zeitungsausgabestellen.

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 8,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahngeläch m. Befestigung bei Beschädigung o. Gebissen gratis. Goldkronen 20 M. an. Spez. Zähne ohne Zahnarzt. Danziger Straße 1 Gaumenpl.
Zahnpraxis Hatvani, (Ede Schindl. 1822.)

Zahngebisse, Erfinder
Platin, St. 7,00, Retten, Ringe, Schilde u. a. u. **Frau Wagner,** Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz).

Patent-, Gebrauchsmatr.-Anmeldung, Vermertung, Patentbüro Packseher, Patent-Ingenieur, Berlin C, Königstr. 64. Ztr. 7000. Kundliste kostenlos. 18402

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Rudolf Hintze
Großbeerenstr. 13 am 4. August gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Ferdinand Vetter
Kottbuser-Str. 25 am 4. August gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simon-Kirchhofes in Belg. Tempelhofer Weg 3, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet. 116/8
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Stein-drucker und verw. Berufe Ortsverwaltung Berlin.
Unseren Mitgliedern haben wir die traurige Mitteilung zu machen, daß der Kollege, Reder
Bruno Wagner
nach langem, schwerem Leiden an Hirnhautentzündung am 5. August verstorben ist.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Neudöln, Hermannstr. 179, aus statt.
Eine rege Beteiligung erwartet. 169/14
Die Verwaltung.

Am 17. Juli ist durch Granatschuß der Dreher
Adolf v. d. Heide
gefallen.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Die Kollegen der Firma Schwartzkopf, Scheringstraße, Abteilg. Torpedodreherei. 28776

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
bei. tägl. gründl. mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Horn- und Blutuntersuchung.
Königsstr. 94/96, Bahnhof Alexanderbrpl. Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-11

Walddarzellen made in Germany, 200 M. Anzahl. Heilmittelbörler Bahn 35 Pf. Fabrik. R. Hülsen, Steglitz, Zehlendorferstr. 15a.

Bester Kohlen-Anzünder!

Zündfix

Chemische Fabrik Johann Dommermuth
G. m. b. H.
Berlin-Weißensee
Rennbahnstr. 40.
Telegramm-Adresse: **Zündfix**

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, (begl. chron. Fälle. Schmerzlose, schnelle, sichere Behandlung, ohne Berufshörung, Blutuntersuchung, Röntg. Röntgen-Untersuchung, Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Krankheit umsonst bei Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz über ungl. taubend, betäubend, patientenunfähig, geschl. Hör-trommel, Bequem u. einfach, 2. tragen. Herzl. empfohlen. Größe blühende Auerkennungsm. Sanis Versand München 1126.

Spezialarzt
Dr. med. Keeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Horn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Bein-krankheit. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufshörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Horn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königsstr. 56/57, gegenüb. Rathhaus.
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-11. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt
Dr. med. Reinhardt,
Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowstr.
Syphilis, Horn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Modernste, erfolgreichst. Heilmittel. Teils. Siehe 48. Zeit. Hart. Brosch. 0,60 M. nach außerhalb verschlossen 1 M.

Die Arbeiterarmee der Sowjetregierung.

Der Vizeleiter der Sowjetregierung Kretsch, ein Bekannter des Volkswirtschaftlers Paul Kretsch, hält sich seit einigen Tagen in Berlin auf. Dem Berliner Korrespondenten des „Neuen Wiener Journals“, Dr. Egon Friedberg, erklärte er auf die Frage, ob es mit der Sowjetregierung wirklich zu Ende gehe, folgendes: „Ich bin der festen Überzeugung, daß die Sowjetregierung die nächsten sechs Monate überdauern wird. Ich spreche nur deshalb von den nächsten sechs Monaten, weil Sie mir sagen, man glaube hier vielfach, daß unsere Herrschaft in den nächsten 14 Tagen werde gestürzt werden. Die Tschchoslowaken wären für uns eine Gefahr, wenn wir nicht die Kraft hätten, ihnen entgegenzutreten. Diese Kräfte stehen uns aber zur Verfügung, und es ist sicher, daß wir sie aus Sibirien (an der Wolga) und aus Samara hinausstreichen werden.“

Die Tschchoslowaken werden nach Kretsch an Zahl und Bedeutung ungeheuer überschätzt. „Wir werden ihnen eine überlegene Macht entgegenstellen — überlegen nicht nur an Zahl der Gewehre, sondern vor allem Leute, die die Erkenntnis haben, daß sie die Tschchoslowaken schlagen müssen. Ich verstehe darunter eine Arbeiterarmee, die militärisch völlig ausgebildet ist und von früheren Berufsoffizieren, von Mitgliedern des ehemaligen Generalstabs geführt wird. Diese Offiziere stehen unter Kontrolle von Arbeiterkommissaren. Jeder ihrer Schritte wird beobachtet. In dieser Beziehung kann ich der deutschen Öffentlichkeit etwas recht Beweiskräftiges erzählen. Oberst Murajew wollte jüngst eine solche Arbeiterarmee gegen die Sowjetregierung führen. Er hat seine Absicht mit dem Leben gebüßt, weil ihm seine Leute nicht glaubten, daß es mit uns so ziemlich vorbei sei. Solch ein Oberst hat nämlich seine Leute nur so lange hinter sich, wie er Ziele verfolgt, die die Leute begreifen. Diese Arbeiterarmeen bestehen eben nicht aus Puppen, nicht aus bequemem Werkzeugen, sondern aus denkenden, ja politisch reifen Männern. Dabei war Oberst Murajew, den seine Leute erschossen, nicht irgendein Reaktionsär, sondern ein strommes Mitglied der linken Sozialrevolutionäre. Er hatte einmal der Jarenregierung als Offizier gedient und brachte es in der alten russischen Armee bis zum Oberst.“

Auch die Ernährungsfrage beurteilt Kretsch, den Nachrichten entgegen, sehr optimistisch. Er meint, sie liege nicht so gefährlich, wie man in Westeuropa denke. Im übrigen ginge Groß-Rußland jetzt einer glänzenden Ernte entgegen. In den weniger Großstädten, die es in Rußland gibt, sind die Läden voller Waren. Allerdings seien die Preise dieser Waren sehr hoch.

Die Lage im Dongebiet.

Kiew, 8. August. Die Zeitungen melden, daß die große Besatzende Versammlung des Donischen Kosakenheeres am 15. August in Kowalowskaja zusammentritt. Im Kubangebiet hat General Denikin die Volkswirtschaft auf den engen Raum zwischen Taman, Marietinoar und Tuabie zusammengeklärt. Von größeren Orten ist nur noch Kowalowskaja in den Händen der Volkswirtschaft. Die bolschewistischen Truppen sind völlig demoralisiert.

Im Tegansoger Kreis, der bis zur endgültigen Entscheidung über die Zugehörigkeit zum Dongebiet oder zur Ukraine als neutrales Gebiet gilt, ist vom deutschen Oberkommando eine Regierungskommission ernannt worden, bestehend aus erfahrenen Beamten und Vertretern von Hauptberufen aus Stadt und Land.

Das Organ der sozialdemokratischen Partei in Moskau hat herbeigeführt die Anwendung von solchen Formen politischen Kampfes, wie es die Ermordung Feldmarschalls von Eichhorn war.

Kiew, 3. August. Laut „Kiewskaja Rysa“ hat die Donregierung alle für deutsche Staatsangehörige während des Krieges geschlossenen Beschränkungen aufgehoben.

Die Zeitungen melden, daß die Kosaken im Norddongebiet einen wichtigen Erfolg erzielt haben durch Befreiung der Bahnhäuser von Jarzgin nach Norden. Jarzgin ist dadurch vom Norden abgeschnitten.

Wobislawsk wird belagert und sein Schicksal ist seit Aufgabe der Station besänftigt.

Die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Rohstoffkrieg.

Die „Times“ meldet aus den Vereinigten Staaten, daß Lloyd Georges Einladung zur Teilnahme am Rohstoffkrieg Anklang gefunden habe und die öffentliche Meinung in dem ausschließlich Rohstoffmonopol eine mächtige Waffe sehe. Doch seien die Vereinigten Staaten zu einem bedingungslosen Anschluß an die Entscheidungen der Pariser Weltwirtschaftskonferenz nicht bereit und ständen auf dem Boden der von Wilson vorgeschriebenen Politik. Danach seien die Aufhebung aller wirtschaftlichen Schranken und die Gewährung gleicher Handelsbedingungen eine der wichtigsten Friedensbedingungen. In seiner letzten Botschaft an den Kongress fügte Wilson diesem Programm allerdings die einschränkende Klausel hinzu, daß Deutschland unmöglich zum freien Wirtschaftsverkehr zugelassen werden könne, wenn es weiterhin unter einer ehrgeizigen und intriganten Regierung bleibe, die den Weltfrieden störe.

Der ukrainische Eisenbahnerstreik.

Kiew, 3. August. Der Eisenbahnerstreik geht zu Ende. Auf den meisten Strecken ist der Verkehr bereits fast normal. Die Zahl der Arbeitswilligen wächst ständig. In einigen Tagen ist die volle Wiederherstellung des Verkehrs zu erwarten. Die Wiederaufnahme erfolgt zu den alten Bedingungen. Somit kann der Streik als mißlungen angesehen werden. Die gewünschte Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage kann nur allmählich erfolgen, da der Streik sowohl den Staat wie die Eisenbahn finanziell schwer geschädigt hat.

Kiew, 6. August. Der Kurierzugverkehr zwischen Kiew und Polohy ist wieder aufgenommen worden.

Bratjanu in Anklagezustand.

Bukarest, 6. August. Aus Jassy wird amtlich gemeldet: Die rumänische Kammer hat gestern die Debatte über den Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission, laut dem der ehemalige Ministerpräsident Bratjanu und vier Minister seines Kabinetts in Anklagezustand versetzt werden sollen, eröffnet. Für die Anklage haben gesprochen die Abgeordneten Miteacu, Antonescu, Belu und Borfeno. Trotz vorhergehender Stunde schreit die Kammer zur Abstimmlung, die gefordert für jeden angeklagten Minister gesondert erfolgen muß. Die Verurteilung Bratjanus in den Anklagezustand wurde einstimmig mit 109 Stimmen angenommen. Die Abstimmung über die vier anderen Minister soll heute vorgenommen werden.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß für die Anklage gegen die frühere Regierung Bratjanu hatte der Kammer einen gedruckten Bericht vorgelegt, der den angeklagten Ministern, dem König, dem Senat und dem Kassationshof zur Kenntnis gebracht wurde. Nach der Beratung und Beschlußfassung der Kammer soll ein eigentlicher Untersuchungsausschuß mit richterlicher Gewalt gewählt werden, der die angeklagten Minister vorladen und nötigenfalls zwangsweise vorkühren wird. Der Untersuchungsausschuß hat folgende zwei neue Anklagepunkte hinzugefügt: Die Regierung Bratjanu unterließ es in bewußter Absicht und gegen den ausdrücklichen Wortlaut des Gesetzes, den Ausschuß der Generalinspektoren einzuberufen, um dessen Gutachten über den Kriegsplan und die Opportunität des Eintritts in den Krieg entgegenzunehmen. Diese Unterlassung erfolgte, weil, wie festgestellt wurde, die Mehrheit der Generalinspektoren im Hinblick auf die mangelhafte militärische Vorbereitung gegen den Eintritt in den Krieg war. So erklärt es sich, daß einige Korpskommandanten bis zum Vortage des Krieges weder die ihnen unterstellte Truppe, noch auch den Operationsplan und das künftige Operationsgebiet kannten. Dieser Kommandanten wurde sogar die Erlaubnis verweigert, vor ihr ihr neues Kommando zu besichtigen und das Gelände kennen zu lernen. Der zweite neue Anklagepunkt betrifft die einwandfrei festgestellte Entsendung und teilweise Vernichtung wichtiger Truppen aus verschiedenen Ministerien. Ueberdies wurden zahlreiche schwere Übertretungen gegen das gemeine Recht aufgedeckt.

Marshall Foch.

Paris, 7. August. (Havas.) Der Ministerrat hat Foch die Würde eines Marschalls von Frankreich verliehen und Foch mit der Militärmedaille ausgezeichnet.

Die Würde eines Marschalls von Frankreich wurde während des Krieges, nachdem sie jahrzehntlang außer Gebrauch gekommen war, Ende 1918 durch Erteilung an den fastgestalteten Joffre erstmals wieder aufgeführt.

Fränkischer Heeresbericht vom 6. August nachmittags. Nordlich von Montdidier drangen französische Truppen bis zur Aube vor, wo sie zwischen Eraches und Noyelles das Ufer besetzten. Ein deutscher Handfeuerwaffen schießend Montdidier vollständig. Gefangene blieben in den Händen der Franzosen. An der Veslefront hielten die Franzosen Stützpunkte an mehreren Stellen des Nordufers trotz Verluste der Deutschen, sie zurückzuschlagen. An der übrigen Front nichts Neues. — Abends. Außer Artillerietätigkeit nichts von Soissons und an der Weste ist von der ganzen Front nichts zu berichten.

Englischer Heeresbericht vom 7. August nachmittags. Ein heute früh unternommener englischer Gegenangriff südwestlich von Harlandcourt gewann alles wichtige gestern verlorene Gelände zurück und ergab eine Anzahl Gefangene. Wir schoben unsere Linie eine kurze Strecke weit auf beiden Seiten des Clavenceflusses vor und machten einige Gefangene.

Der Luftschiffangriff auf England.

London, 5. August. Amtlicher britischer Bericht. Fünf Luftschiffe versuchten in der Nacht vom 3. August die Küste zu überfliegen; sie wurden auf der See von Luftstreitkräften angegriffen. Eines stürzte 40 Meilen von der Küste brennend ab, ein zweites wurde beschädigt.

London, 6. August. (Amtlich.) Feindliche Luftschiffe näherten sich der ostenglischen Küste am 5. August um 9 Uhr 30 Minuten abends, drangen aber nicht tief ins Inland vor.

Der von dem Angriff nicht zurückgeschickte Fregattenkapitän Straffer hat mehrere der großen Luftschiffangriffe gegen England geführt und es ist ihm, auch nachdem die feindlichen Abwehrmittel allmählich immer weiter verbessert und verstärkt worden waren, stets gelungen, die unter seiner Leitung ausfahrenden Geschwader vollständig in ihre Heimathäfen zurückzubringen. Besonders bemerkenswert waren in dieser Hinsicht die Angriffe vom 14. März 1918 und vom 14. April 1918, deren letzter Birmingham, Nottingham, Sheffield, Leeds, Hull und Grimsby galt. Städte, die wegen ihrer kriegswichtigen Industrieanlagen außerordentlich stark durch Fliegerabwehrkanonen geschützt waren, von den deutschen Luftschiffen aber ohne Beschädigung passiert wurden.

Der Krieg in Mazedonien.

Sofia, 6. August. Bericht über die militärischen Unternehmungen während des Monats Juli 1918 auf der mazedonischen Front. Während des vergangenen Monats war die Kampftätigkeit auf beiden Seiten im allgemeinen mäßig. Zeitweise war das Artillerie- und Minenfeuer an gewissen Punkten der Front heftiger, während die Infanterieunternehmungen auf beiden Seiten sich auf örtliche Angriffe beschränkten, welche hauptsächlich zum Zweck der Erkundung auf verschiedenen Abschnitten ausgeführt wurden. Die Unternehmungen entwickelten sich im allgemeinen in folgender Weise:

Westlich des Döbtica-Sees unternahm der Gegner in Verbindung mit den Unternehmungen in Albanien mehrere nutzlose Angriffe gegen unsere Stellungen südwestlich der Stamboulquellen. Unsere Infanterieeinheiten hielten nicht nur ihre Stellungen, sondern machten auch mehrmals erfolgreiche Angriffe gegen feindliche Gräben, aus welchen sie verschiedenes Kriegsmaterial einbrachten. In der Gegend von Bitolj verhielt sich auf beiden Seiten das Artilleriefeuer von Zeit zu Zeit. Mehrere feindliche Sturmangriffe wurden zurückgeschlagen. Unsere Stützpunkte machten französische Gefangene. Im Gernabogen und in der Gegend von Raglana machte der Feind mehrere heftigere Feuerangriffe. Auf beiden Seiten der östlichen Gegend mislangen wiederholte Versuche der Italiener, Franzosen, Griechen und Serben, mit verstärkten Infanterieabteilungen in unsere Gräben einzudringen durch unsere Abwehr. Dagegen drangen unsere Infanterietruppen an verschiedenen Stellen in feindliche Stellungen ein und brachten italienische und serbische Gefangene zurück.

Auf beiden Seiten des Warbar war die Tätigkeit der Infanterie und Artillerie ziemlich lebhaft. Unsere Batterien schossen zahlreiche feindliche Munitionsdepots in Brand. Feindliche Stützpunkte versuchten mehrmals, sich unserer Sicherungslinie südlich von Guma und östlich des Warbar zu nähern, wurden aber durch Feuer zurückgetrieben. Unsere Angriffstruppen drangen an mehreren Stellen in feindliche Gräben ein und machten nach einem Kampf Mann gegen Mann, welcher dem Feinde bedeutende Verluste kostete, griechische und französische Gefangene. Von dem Doiransee bis zur Strumamündung war die Kampftätigkeit mäßig. Sie war besonders durch Erkundungsvorstöße auf das Vorgelände gekennzeichnet, in deren Verlauf wir Gefangene machten, welche den neuangewonnenen königlich griechischen Divisionen angehörten.

Die Lufttätigkeit war auf beiden Seiten ziemlich lebhaft. Feindliche Flugzeuge warfen ohne Ergebnis Bomben auf besetzte Felder, welche ganz nahe hinter unseren Linien gelegen sind. Sie griffen mehrere Male unverteidigte Vertikalstellen hinter unserer Front an und warfen 22 Bomben auf unser sichtbar gekennzeichnetes Militärkloster bei Retivitsch. Im Laufe dieser Unternehmungen verlor der Gegner 6 Flugzeuge und einen Fesselballon.

Deutsches U-Boot an der virginischen Küste. Washington, 5. August. (Reuter.) Ein deutsches U-Boot versenkte 100 Meilen von der Küste von Virginien einen amerikanischen Tankdampfer. 30 Ueberlebende wurden gelandet.

Angespülte Minen. Im Juli wurden an der niederländischen Küste 149 Minen angespült, von denen 188 englischen und 11 deutschen Ursprungs sind. Seit Ausbruch des Krieges wurden 5047 Minen angespült, wovon 4190 englischen, 80 französischen, 831 deutschen, der Rest unbekanntem Ursprungs sind.

Das ukrainische Militär politisch rechtlos. Durch ein vom Hetman bestätigtes Gesetz wird den ukrainischen Militärpersonen die Ausübung des aktiven Wahlrechts zu gesetzgebenden und sonstigen öffentlichen Körperschaften, die Angehörigkeit zu irgendwelchen Verbänden, Gesellschaften, Komitees, Organisationen politischen Charakters, die Teilnahme an politischen Manifestationen und Demonstrationen unterlag.

Verletzung eines brasilianischen Dampfers. Madrid, 6. August. (Reuter.) Aus Corcubion wird gemeldet, daß der Kapitän und 17 Mann des von einem U-Boot torpedierten brasilianischen Dampfers Maccio (früher deutscher Dampfer Santa Anna) gelandet wurden. Zwei Flöße mit 44 Mann werden vermisst.

Röfides Kampf für Wucherfreiheit.

Der Vortagende des Bundes der Landwirte, Dr. Röfide, legt seinen Kampf für Durchbrechung des Rationierungssystems, d. h. für Zulassung der agrarischen Wucherfreiheit unentwegt fort, trotz der entschiedenen Ablehnung, die sein im Reichstag gestellter Antrag gefunden hat. In einem Artikel „Rationierung plus Freihandel“ vertritt er von neuem den Vorschlag, nur einen Teil der notwendigen Lebensmittel zu rationieren, den Rest aber dem freien Handel zu überlassen. Eine Auseinandersetzung mit Röfide ist eigentlich zwecklos, weil er an den Hauptmängeln, die gegen seinen Vorschlag erhoben worden sind, schmeißend vorübergeht. Er sagt uns auch jetzt nicht, woher noch Sicherstellung des notwendigen Bedarfs der Bevölkerung nach Ueberflüssen an Kartoffeln, Getreide usw. kommen sollen, während in den bisherigen Kriegsjahren die vorhandenen Mengen nicht einmal ausreichten, um die wirklich nicht zu üppigen Rationen das ganze Jahr über aufrecht zu erhalten.

Wohin der freie Handel im Kriege führt, zeigt eine Nachricht des „B. L.“ aus Livland. Dort ist der freie Handel mit Brot wieder zugelassen worden. Infolgedessen kostet in Dorpat ein Pfund Brot zwei Mark achtzig, in Reval ein Pfund zwei bis zwei Mark dreißig. Die Berliner Wochenmenge an Brot, die hier unter dem Rationierungssystem achtzig Pfennig kostet, stellt sich in Livland bei freiem Handel auf zirka zehn Mark. So sieht die Begeisterung aus, die uns Dr. Röfide zugebracht hat!

Die künftige Reichseinkommensteuer.

Den vereinten Bemühungen der bundesstaatlichen Finanzminister ist es dieses Mal noch gelungen, im Haushaltsausschuß des Reichstages einen Antrag zu Falle zu bringen, der auf die Einführung einer Reichseinkommensteuer hinstellt. Man war sich aber auch in den Kreisen der Finanzminister sicher darüber klar, daß in diesem Falle aufgehoben nicht als aufgehoben gilt, und daß man bei dem steigenden Finanzbedarf des Reiches um die Reichseinkommensteuer nicht herumkommen wird. Diesen Gedanken bringt auch der Oberregierungsrat v. Gronow in einem Artikel zum Ausdruck, den er in der „Post“ veröffentlicht. Er möchte aber, wenn die Reichseinkommensteuer verwirklicht wird, dem Reiche möglich ist in einig und den Bundesstaaten möglichst viel geben. Er führt deshalb aus:

„Es wird eine Reichseinkommensteuer eingeführt mit einem Steuerfuß, der etwa die dreifache Höhe des prouchnischen Tarifs enthält, als gesamte direkte Einkommensteuerung mit Ausschluß von irgendwelchen Zuschlägen dazu für die Bundesstaaten oder anderen Korporationen des öffentlichen Rechts. Von dem Ertrag erhält das Reich etwa 15 Proz., wogegen die übrigen 85 Proz. den Bundesstaaten zufallen, die dann über die Verwendung ihrerseits selbständig geschicklich verfügen. Politisch wird bedeutsam, daß einmal in dem Veranlagungs- und Erhebungs-Bereich einheitlich der Betrag gesetzt wird, der durch die direkte Besteuerung der Einkommen erzielt wird, so daß die verhältnismäßige Belastung der Einkommen in einen zutreffenden Vergleich gerückt wird zu den Belastungen durch Zölle und indirekte Steuern, weiter, daß im Deutschen Reiche die jetzt noch bestehenden Unterschiede im Einkommensbegriff und dem Veranlagungsverfahren beseitigt werden. Unterschiede, die anders als auf dem Wege der Reichsgesetzgebung kaum vollständig zur Einheit werden geführt werden können. Die Rechte der Bundesstaaten auf die etwa 85 Proz. der Reichseinkommensteuer könnten dann weiter noch besonders gefestigt werden etwa durch Einführung einer Dreiviertelmehrheit im Bundesrat, die zu einer Abänderung dieser Verhältniszahlen oder auch des Tarifs notwendig wäre.“

Das Reich kann natürlich auf einen solchen Vorschlag nicht eingehen. Bei dem gesteigerten Finanzbedarf des Reiches bedeuten 15 Proz. eigentlich gar nichts. Schließlich sind auch die Einzelstaaten verpflichtet, den allenfallsigen Mehrbedarf des Reiches durch Beitragsbeiträge zu decken, so daß es eigentlich wenig Sinn hat, das Reich an direkten Einnahmen so überaus knapp halten zu wollen. Aber das ist schließlich eine Frage von untergeordneter Bedeutung, die Hauptfrage ist die, daß die Reichseinkommensteuer endlich einmal kommt.

Das Avancement des Oesterlichen Generalstabs. Zu der Nachricht, daß dem Großen Generalstab der Rang einer Zentralbehörde verliehen worden ist, vertritt die „R. A. Z.“ einen längeren Kommentar, der in den Sätzen gipfelt: „Mit dem Rang des Einflusses des Generalstabes hat dagegen die ganze Frage überhaupt nichts zu tun; dieser Einfluß ergibt sich analog aus den Aufgaben, die dem Generalstab gestellt sind, und wird durch den höheren oder niedrigeren Rang unter Reichs- und Staatsbehörden nicht vermehrt oder vermindert.“

Zur Robienversorgung Bayerns wird uns von zuständiger Seite nachfolgend mitgeteilt, daß die Gegenwart einer besonderen planmäßigen Arbeit ist und daß kein Grund zu der Befürchtung bestehe, es sei auf diesem Gebiet eine Absehung der Bundesstaaten gegeneinander geplant.

Letzte Nachrichten.

Die Staatenbildung in Asien.

Amsterd., 7. August. Die „Times“ meldet aus Simla, daß der Bericht über die Bildung einer Republik, bestehend aus Turkestan, Belhara, China und dem transkaspischen Gebiete nicht mit den Tatsachen in Uebereinstimmung sei, da die politische Konstellation Mittelasiens noch ein Chaos darstelle und stetigem Wechsel unterworfen sei.

Gewerkschaftsbewegung

Neue Feuerungszulagen für die Buchbinderei-Abteilungen der Buchdruckereien und Geschäftsbücherfabriken.

Zu Anknüpfung an die Leipziger Abmachungen für die Buchbindereien für Berlin, Leipzig, Stuttgart und München fanden am 3. August in Berlin die Verhandlungen mit dem Verein Berliner Buchdruckermeister und dem Deutschen Buchbinderverband, Zahlstelle Berlin, über Gewährung neuer Feuerungszulagen statt. Nach eingehenden Verhandlungen wurde der geltende Tarif um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1919 mit viermonatlicher Kündigung unter Gewährung folgender Feuerungszulagen verlängert:

- a) Gehilfen: Mit Wirkung und zahlbar vom 1. August 1918 ab einen Zuschlag von 10 M. pro Woche.
- Mit Wirkung und zahlbar ab 1. Dezember 1918 ab einen weiteren Zuschlag von 5 M. pro Woche.
- b) Geübte Arbeiterinnen: Mit Wirkung und zahlbar vom 1. August 1918 ab einen Zuschlag von 7,50 M. pro Woche.
- Mit Wirkung und zahlbar vom 1. Dezember 1918 ab einen Zuschlag von 2,50 M. pro Woche.
- c) Ungeübte Arbeiterinnen: Mit Wirkung und zahlbar vom 1. August 1918 ab einen Zuschlag von 4 M. pro Woche.
- Mit Wirkung und zahlbar vom 1. Dezember 1918 ab einen weiteren Zuschlag von 2 M. pro Woche.

Die bisher gewährte Kinderzulage von 2 M. pro Monat für Arbeiterinnen kommt in Fortfall.

Gehilfen und Arbeiterinnen im Affordlohn haben Anspruch auf dieselbe Feuerungszulage.

Affordarbeiterinnen erhalten für Handfalarbeiten einen Zuschlag von 3 1/2 Proz. auf die Tarifpreise.

Für Ueberstunden gelten ab 1. August die Bestimmungen, wie sie mit dem Verband Berliner Buchdruckermeister festgelegt sind. Ebenso gelten die Prozentaufschläge für Heften und für Verarbeitung von Seimerfasch vom Tage ihres Inkrafttretens.

„Der Freibrief aus dem Ueberflus.“

Die lebhafteste Beunruhigung, die durch die neuesten Maßnahmen der Reichsbeschickungsstelle in den Kreisen der Privatangestellten herbeigeführt worden ist, äußert sich in einem Schreiben, das der Reichsbeschickungsstelle von der Arbeitersgewerkschaft freier Angestelltenverbände zugegangen ist. Es wird zunächst vermerkt, daß in den an die Kommunalverbände für die Beschickung der Angestellten in die Reichsbeschickungsstelle abgegebenen Beschlüssen, die die Befürchtung ausgesprochen, daß die schonungsbedürftigen Angestellten von der Bestandsaufnahme wie von einer weiteren Beschickung nicht ausgenommen werden. Schonungsbedürftig sind, da die Gehälter im allgemeinen auch nicht annähernd die Kriegsteuerung ausgleichen, alle Angestellten, die im Juli 1914 weniger als 6000 Mark Einkommen versteuert haben.

Als ganz unbillig aber wird es erklärt, daß die künftige soziale Beschickung einer etwaigen Beschickung heute schon dadurch hinfallig gemacht werden soll, daß jeder Abnehmer eines Anzuges damit jeder weiteren Abschließung entbunden werden soll. Die Abschließung eines Anzuges föhnt unmöglich dazu dienen, um dadurch einen überfüllten Kleidermarkt vor jedem weiteren behördlichen Zutritt zu schützen. Sollte die vorläufige freiwillige Sammlung noch den gewünschten Erfolg bringen, so blühen die Lieferanten eines Anzuges in ebenem vor weiteren Angriffen bewahrt; sollten jedoch demnach Zwangsmaßnahmen in Kraft treten, so dürfte dabei die Abschließungsmaßnahme eines Anzuges nicht zum Freibrief für den Ueberflus werden.

Der „Gewerkschaftsblock“.

Daß sich in den Kriegsjahren die Gewerkschaftsorganisationen der verschiedensten Richtungen wiederholt zu gemeinsamen Forderungen für die Arbeiterschaft zusammenschlossen und geschlossen für die Durchführung derselben eintraten, hat dem organisierten Unternehmertum und dessen Presse noch nie recht gefallen. Sie, die bei aller Verschiedenheit der politischen und religiösen Auffassungen sich in einer geschlossenen Organisation zusammenfinden zum Kampf gegen die Arbeiter, können — oder wollen es nicht verstehen, daß die Arbeiterorganisationen sich gleichfalls zusammenschließen, um den Forderungen der Arbeiter mehr Geltung zu verschaffen. Die Unternehmerrpresse benutzte daher von Zeit zu Zeit die organisatorische Geschlossenheit der Arbeiter leider noch hindernenden Gegenstände innerhalb der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, um dieselben gegen die einheitliche Bewegung der Arbeiter auszuspielen. Wie ihre Prätorien, die Welten und deren Presse, so finden auch die Unternehmerrorganisationen aus jedem die wirtschaftliche Geschlossenheit der Arbeiterklasse hindernenden Vorkommnis Honig zu saugen, um so der Welt weit und zu tun, daß es mit dieser Kampfgenossenschaft nicht weit her sei.

Neuerdings untersucht die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ wieder einmal den „Gewerkschaftsblock“ auf seine Existenzfähigkeit. Das Blatt meint zwar, daß der mehr oder minder künstlich zusammenhängende Gewerkschaftsblock Erfolge haben könne, indessen sei in letzter Zeit ein Riß in demselben zulage getreten, der immer deutlicher zu werden drohe. Insbesondere erwähnt die „Arbeitgeberzeitung“ den von den christlichen und kirchlich-dunderschen Gewerkschaften gefassten Beschluß, einen eigenen Verband von Kriegsbeschickten und Kriegsteilnehmern ins Leben zu rufen. Dieser Beschluß habe große Bestimmung auf der anderen Seite des Gewerkschaftsblocks erregt. Am Widus an diese Mitteilung wird wieder einmal bewiesen, wie sich der „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften sogar gegen Mitglieder der kirchlich-dunderschen richte. Immerhin werde man, so betont das Blatt, solche Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Gewerkschaftsblocks zwar beachten, aber nicht überschätzen dürfen. Die Erfolge, die derselbe durch den Anknüpfen der unentwogenen Geschlossenheit erricht habe, seien allzu groß und der Krieg werde die feindlichen Kräfte meistens immer wieder zusammenführen. Nachsichtsvoller sieht dieser Block doch allzu sehr auf inneren Fügen und er verdiene keineswegs als alleinige und berufene Vertreterin der deutschen Arbeitnehmer angesehen zu werden, der zuliebe unsere ganze deutsche Sozialpolitik eine einseitige, mit großen Gefahren verbundene Richtung bekommen habe.

Das also ist des Rubels Kern. Nieher wäre es natürlich den Unternehmern, wenn ihre Organisationen und die von ihnen gebildeten Gekben als die „berufenen“ Vertreter der deutschen Arbeitnehmer Ziel und Richtung in der Sozialpolitik angeben könnten.

Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlin.

295 Schichtarbeiter der AGW, Günterstraße, rufen den Kriegsausschuss unter Beteiligung eines unparteiischen Vorstehenden an, weil weder im Betrieb noch im Schlichtungsausschuss eine Verständigung über die gefällte Lohnforderung erzielt werden konnte. Die Arbeiter verlangen, daß ihnen bei achtstündiger Schichtarbeit an Stelle der bisherigen 9 Stunden eine Entschädigung von 20 Pf. für die Stunde gezahlt wird. Es wird festgestellt, daß 27 Schichtarbeiter diese Vergütung erhalten, und zwar ist diese Zulage auf eine Verhandlung in der Kriegsamstelle beim Oberkommando in den Marken, die im November vorigen Jahres stattgefunden hat, zurückzuführen. Schon damals haben die Arbeiter verlangt, daß ihnen bei achtstündiger Schichtarbeit eine Schichtzulage von 20 Pf. für die Stunde gewährt werden soll. Die Firma lehnte derzeit die Forderung ab, und die Arbeiter demwertigten die Arbeit. Darauf fand dann in der Kriegsamstelle eine Verständigung in vorgenannter Weise statt. Die Firma hat nun den neuereintretenden Arbeitern einen Revers unterbreitet, daß die Annahme auf eine achtstündige Arbeitszeit erfolgt. Diese Schichtarbeiter erhielten also

die 20 Pf. nicht, stellen aber nunmehr die Forderung, daß sie auch 20 Pf. Zulage erhalten, wie die 27 Arbeiter, die schon seit längerer Zeit im Betriebe tätig sind. Es erfolgt ein Schlichtungsausschuss auf der Grundlage, daß allen Arbeitern, die in Schicht arbeiten, eine Schichtzulage von 10 Pf. für die Stunde zugesprochen wird, unter der Voraussetzung, daß die 27 Schichtarbeiter, die bereits 20 Pf. Zulage erhalten, mit einer Kürzung auf 10 Pf. einverstanden sind. Neben diese Arbeiter die Kürzung ab, muß es bei dem bisherigen Zustand verbleiben.

Der Werkzeugmacher Sch. bei der Firma H. u. P. Landsberger Straße, verlangt den Abkehrschein, weil er eine neue Stellung als Meister erhalten kann. Es wird festgestellt, daß er in der neuen Stellung ein etwas geringeres Gehalt bezieht als bei seiner bisherigen Arbeitstätigkeit. Trotsch entscheidet der Schlichtungsausschuss, daß der Abkehrschein zu erteilen ist, weil der Werkzeugmacher als Meister in eine gehobene Stellung eintritt.

Der Schlosser Sch. von der Firma B. in Regal verlangt den Abkehrschein, weil die Firma nicht gemäß einer Vereinbarung vor dem Kriegsausschuss, in der dem Schlosser ein Verdienst von 2 M. für die Stunde zugesprochen war, verfahren ist. Die Firma wendet ein, daß der Arbeiter damit einverstanden war, daß die Arbeitstätigkeit, in der er 2 M. für die Stunde verdienen soll, erst nach Ablauf der Lohnperiode einzutreten hat. Der Arbeiter bestrittet, daß eine solche Verständigung stattgefunden hat und ercht Anspruch auf Lohnzahlung von 38 M. oder 40 Pf. für die Stunde, weil er hat 2 M. nur 1,60 M. erhalten hat. Es wird vereinbart, daß dem Arbeiter die 38 M. sofort gezahlt werden, und zwar vorläufig als Vorschuss. Stelle es sich bei der Verhandlung im Betriebe heraus, daß die Angaben der Firma zutreffend sind, kann dieser Vorschuss wieder in Anrechnung gebracht werden. Eventuell sollte zur Feststellung auch das Gewerbegericht in Anspruch genommen werden, um die Zeugnisse eildlich zu vernehmen. Hat der Arbeiter recht, dann soll er auch Anspruch auf Nachzahlung haben.

Die Waler der D. M. K. Kaiserin-Augusta-Allee, verlangen eine Entschädigung des Schlichtungsausschusses, weil die Firma ihnen die Afforde eingezogen hat. Es wird festgestellt, daß eine Kürzung der Afforde tatsächlich stattgefunden hat, und zwar begründet die Firma die Reduzierung damit, daß nach ihrer Auffassung die Arbeiter zudeil verdient haben. Der Schlichtungsausschuss beträgt 1,96 M. Es wird der Firma vom Schlichtungsausschuss erklärt, daß Wölze unberechtigt seien und daß die Waler Anspruch auf ihre alten Lohnpreise haben. In sich steht auch der Schlichtungsausschuss auf dem Standpunkt, daß irgendein Grund, die Afforde zu kürzen, nicht vorgelegen habe. In dieser Weise ergicht ein Schlichtungsausschuss.

208 Arbeiter und 350 Arbeiterinnen des Flugzeugbauers der AGW, Hennigsdorf, rufen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses an, weil die Firma die von den Arbeitern gestellte Lohnforderung von 20 Pf. für die Stunde abgelehnt hat. Nach Feststellung der Verdienste wird den Arbeitern geraten, den von der Firma bereits vorher gemachten Vorschlag, wonach sich dieselbe bereit erklärt, besonders die unteren Gruppen um 10 Pf. aufzubessern, anzunehmen. Auch hätte sie weitere Aufbesserungen in Aussicht gestellt, und zwar will sie eine weitere Zulage wohlwollend prüfen. Um einem eventuell auftauchenden Mißtrauen der Arbeiter zu begegnen, hat sich die Firma weiter bereit erklärt, daß die Festsetzung der Lohnzulage unter Einziehung eines von den Arbeitern bestimmten Vertreters der Abteilung erfolgen solle.

Aus dem Jahrbuch des Fabrikarbeiterverbandes.

Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands hat soeben sein Jahrbuch 1917 herausgegeben. Es werden darin eine Reihe wirtschaftspolitischer Fragen in sachgemäßer Weise behandelt, so u. a. die Wirtschaftslage im Verbandsgebiet, die Ernährung, Reichstag und Kallindustrie, die Unternehmerorganisationen.

Aus dem Kapitel: Die Entwicklung des Verbandes sei hervorgehoben, daß sich im letzten Berichtsjahr die Zahl der männlichen Mitglieder von 58 460 auf 70 128, die der weiblichen von 22 078 auf 40 456 erhöht hat. Damit ist die bisherige Höchstzahl weiblicher Mitglieder, die im zweiten Vierteljahr 1913 27 078 betrug, weit überschritten. Im Kriegsbeginn war der Prozentsatz der Frauen im Verbands 12,5, im vierten Quartal 1916 27,4, am Schlusse des Jahres 1917 waren es aber 30,8 Proz.

Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug demnach am Schlus des Jahres 1917 110 584, die Zunahme gegenüber dem Vorjahre 30 039 Mitglieder. Die Hauptlasten eines Jahres schloß eine Einnahme von 2 001 782,80 M. und eine Gesamtausgabe von 1 785 566,23 M. auf. Der Kassenbestand erfuhr im Laufe des Berichtsjahres eine Steigerung von 3 558 244,25 M. auf 3 774 470,92 M.

In den Lokalkassen waren zu verzeichnen: Einnahmen 661 284,20 Mark, Ausgaben 1 010 301,90 M. Der Kassenbestand verringerte sich im Laufe des Berichtsjahres von 666 501,98 M. auf 617 474,37 M. Die Finanzen des Gesamtverbandes schloßen mit einer Gesamteinnahme (einschließlich 1 224 836,30 M. Bestand am 1. Januar) von 7 188 003,42 M. und einer Gesamtausgabe von 2 790 038,13 M., so daß am 31. Dezember 1917 ein Kassenbestand von 4 391 945,29 M. zu verzeichnen war.

Der Vorstand gibt im Anknüpfen an diese Bilanz die Erwartung Ausdruck, daß die auf dem letzten Verbandstag beschlossene und am 1. April 1918 in Kraft getretene Beitragserhöhung, ebenso die in vielen Jahreshellen angenommene Erhöhung der Lokalkontribution ein noch besseres Ergebnis zeitigen wird.

Bei den im Jahre 1917 vollzogenen Lohnbewegungen, deren Gesamtzahl 718 betrug, wurden für 220 234 Personen eine Lohn-erhöhung um 1 017 289 M. pro Woche, und eine Arbeitszeitverkürzung für 15 327 Personen um 153 056 Stunden erreicht. Ferner erlangten 8840 Personen eine Zulage für Nacharbeit von 23 020,20 Mark pro Woche, 1201 Personen eine Lohnminderbüdung bei Aussetzen oder Betriebsstörung, 2192 Personen die Einführung einer Maßzeit, 927 die Einrichtung von Wasch- und Ankleideräumen und 1025 Personen die Gewährung von Ferien.

Von den 718 Bewegungen beriefen 703 mit 231 446 Beteiligten erfolgreich, 13 mit 3652 Beteiligten teilweise erfolgreich und 2 mit 2644 Beteiligten erfolglos. An den 712 Bewegungen ohne Arbeitszeitverkürzung waren 194 524 männliche und 112 865 weibliche, zusammen 307 389 Personen beteiligt.

Resultat und Verlauf der Bewegungen zeigen, daß die Organisationsleistungen des Verbandes haben, auch unter der Geltung des viel bekämpften Hilfsdienstgesetzes das Möglichste für die Arbeiterschaft herauszuholen.

Die Erfolge für das weitere Erstarben der Organisation dürften denn auch für das kommende Berichtsjahr nicht ausbleiben.

Parteinachrichten.

In die Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ ist Genosse Bendemuth (Passe a. S.) an Stelle des zum Geschäftsführer des Druckereunternehmens gewählten Genossen Robert Ilg eingetreten. Wendenmuth hat der Redaktion des Blattes bereits früher ein Jahr lang angehört.

Die bisherige Firma des Unternehmens, Christian Vuder u. Co., erfährt in den nächsten Tagen ebenfalls eine Veränderung insofern, als die Form der offenen Handelskaufmannschaft erlegt wird durch eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Die Firma heißt dann „Märkische Volksstimme, G. m. b. H.“ Als Teilhaber treten ein auf Vorschlag der Kreiswahlvereine des Verbreitungsbezirks die Genossen Albert Goldmann (Cottbus), Moritz Sommer (Potsd.), Johannes Knoke (Pinskerwalde), Adolf Thiele (Guben), Robert Felber (Pinskerwalde), vom Parteivorstand Otto Braun (Berlin).

Industrie und Handel.

Frankreichs Wirtschaft im Kriege.

Nächst Russisch-Polen und Belgien hat wohl kein Industriegebiet unter den unmittelbaren Kriegswirungen so sehr wie das nordfranzösische gelitten, in welchem eine

blühende Eisen- und Textilindustrie das Rückgrat der ganzen französischen Wirtschaft vor dem Kriege gewesen ist. Die harten Kriegsnotwendigkeiten zwangen aber zu Umstellungen und Standortverlegungen.

Die Wasserkräfte Savoyens und der Dauphiné hatten schon im Frieden mehrere Projekte einer weitgehenden Ausnützung zur Gewinnung elektrischer Kraft entstehen lassen. Diese Pläne sind jetzt zum großen Teil verwirklicht. Es arbeiten in diesem Gebiete bereits Fabriken mit mehr als 570 000 Pferdestärken und weitere Fabriken mit über 250 000 Pferdestärken sind im Bau.

Das seit dem Mittelalter durch Gewerbesleiß hervorgeragene Rhon und sein näheres Gebiet haben ebenfalls ihren alten Ruf der Initiative und Energie bestätigt. Vom August 1914 bis Januar 1917 war die Zahl der Arbeiter von 85 000 auf 262 000 gestiegen.

Ein drittes großes Industriegebiet entwickelt sich an der Küste von der Normandie bis nach Rouen. Die reichen Erzlager, an denen vor dem Kriege auch Deutsche, besonders Engländer, interessiert waren, laden zur Ausbeute ein. Die Kohle wird zur See aus England hergebracht. Während also in Deutschland im allgemeinen das Erz zur Kohle wandert, ist es hier umgekehrt, weil in normalen Zeiten die Schiffsfracht für Kohle gegenüber der Eisenbahnfracht sehr viel billiger ist. Auch in Deutschland gibt es ein ähnliches Beispiel, nämlich das Eisenwerk Kraft in Stettin, das nicht nur Kohle, sondern sogar die Erze aus dem Auslande beziehen und wegen der relativen Billigkeit der Schiffsfrachten wettbewerbsfähig bleiben kann.

Neben der Stahlproduktion hat sich Frankreich besonders die Steigerung der Kohlenförderung angelegen sein lassen. Trotz der Besetzung des kohlenreichsten Departements des Pas de Calais ist es gelungen, besonders durch eine stärkere Förderung im Loirebecken und im Gâtin, die Kohlenförderung von 1916—1917 um 20 auf mehr als 28 Millionen Tonnen zu steigern. Die Friedensproduktion betrug 40 Millionen Tonnen.

Wie in England hat also auch Frankreich seine Industrie in hervorragendem Maße und mit unzweifelhaftem Erfolge auf die Kriegserfordernisse umgestellt. Neben dem schon erwähnten Kohlenbergbau und der Stahlindustrie stand die Entwicklung der chemischen und Aluminium-Industrie im Vordergrund.

Die treibhausmäßige Entwicklung, die die kriegswichtigen Industrien in Frankreich wie in allen Ländern genommen haben, wird nach dem Kriege sicherlich das Problem der industriellen Uebererzeugung und die Frage nach industrieller Schute mit besonderer Schärfe entstehen lassen. Unter Berufung auf die Kriegserfahrungen werden die Industrien wenigstens der innere Markt vollkommen gesichert bleiben. Sicherlich wird aus diesen Motiven eine der stärksten schutz-zöllnerischen Tendenzen entspringen.

Produktionssteigerung und Preiserhöhung in der Hündholzindustrie.

Am Reichswirtschaftsrat schweben zurzeit Verhandlungen, um die Produktion der deutschen Hündholzindustrie zu steigern. Es ist beabsichtigt, die Abgabe der Fabriken an das Reich im Betrage von 10 M. pro Kiste fortfallen zu lassen und dafür den Fabriken aufzuerlassen, ihre Produktion um 10 Proz. zu erhöhen. Im Zusammenhang damit wird eine Erhöhung der Inlandspreise in mäßigen Grenzen erzoogen. Die Maßnahme bezweckt vor allem, die heimische Hündholzindustrie in die Lage zu versetzen, mehr als bisher den Auslandsmarkt zu versorgen und so der sonst notwendigen Rehereinfuhr von Hündhölzern aus Schweden vorzubeugen, um so mehr, als für schwedische Hündhölzer in den nächsten Monaten mit weiteren Preiserhöhungen zu rechnen sein wird.

Verhmelzungen in der Montanindustrie.

Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlproduktion hat sich zur Erweiterung seiner Kohlenbasis nützlich die Gewerkschaft Friedrich der Große angeknüpft und für jeden Kur 95 000 Mark gezahlt. Zum Vergleich sei erwähnt, daß der Bochinger Hüttenverein vor dem Kriege 28 000 M. für den Kur der Jochen Viktor und Jaden zahlte, die einen erheblich größeren Umfang als Friedrich der Große haben. Kurze und Aktien der wenigen noch selbständigen Kohlenunternehmen sind also stark im Preis gestiegen. Die Werke der Eisenschmelzindustrie wollen sich unbedingt eine auskömmliche Belieferung sichern und legen hoher hohe Kaufsummen an, als daß sie sich den Nachteilen einer unregelmäßigen Kohlenversorgung aussetzen.

Die kommende Aukerente. Nach Auslassungen des Statistischen Bureau von F. O. Licht ergaben die Untersuchungen der Aukerenten sowohl im Platz, wie im Barzelgewicht etwas bessere Resultate als im Vorjahre. Die Aussichten für eine mittelmäßige Ernte erscheinen demnach gegeben.

Berichtszeitung.

Inangebrochter Schönheitsfinn. Eine Jugentleistung, bei der zum Glück nur ein Materialschaden in Höhe von 7000 M. entstand, ist leicht aber sehr verhängnisvolle Folgen hätte haben können. Beschäftigte gehern die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts III als Verurteilungsinstanz. Am 3. November 1915 entlastete bei der Blodstation Bez auf dem Ferngleise Bernau—Berlin am Nachmittag ein Personenzug. An dieser Stelle wurden zur Zeit Umbauarbeiten vorgenommen, so daß die von Bernau kommenden Fernzüge dort auf einer Weiche vom Ferngleise abgelenkt und auf das Gleise der Vorkortstrecke übergeführt werden mußten. Die Entgleisung des erwähnten Personenzuges geschah nun dadurch, daß beim Passieren des Auses beide Weichenanlagen vom Gleise abstanden. Größeres Unheil wurde nur durch die Besonnenheit des Lokomotivführers verhindert. Das Unglück wurde nun auf die Nichtbefolgung verschiedener Sicherheitsvorschriften zurückgeführt, die in der Hauptsache dem Monteur M. zur Last gelegt wurde und die Erhebung einer Anklage wegen schuldhafter Transportgefährdung gegen ihn veranlaßte. M. hatte im Auftrage einer Baufirma die Arbeiten auszuführen, die für den Anknüpfen der Unglücksweiche an das Stellwerk erforderlich waren. Dabei hatte er im Stellwerk einen Hebel, der mit der Weiche bereits in Verbindung stand, absichtlich nach unten gestellt. Ein Bahnbeamter hatte nun diesen Hebel ahnungslos dann nach oben gerichtet, und zwar lediglich nur, damit er mit den anderen vorhandenen Hebeln, die alle in dieser Richtung standen, schön ausgerichtet sich in einer Reihe befand. Die Folge dieses Schönheitsfinnes war die Entgleisung. Das Schöffengericht erkannte gegen M. auf Freisprechung. Auf die vom Staatsanwalt eingeleitete Verurteilung hin führte Rechtsanwält Dr. Herbert Kränkel aus, daß der Angeklagte unmöglich diesen Schönheitsfinn eines anderen voraussehen konnte und die Entgleisung erkannte auch, diesen Ausführungen folgend, auf Verwerfung der Verurteilung.

Beantwortlich für Politik: Felix Gutner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Hans Gaus, Berlin; für Wirtschaft: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag Buchverlag und Verlagshaus Carl Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Blatt und Anzeigensatz.